

Pulverfass Xinjiang/ Ostturkestan: Kreislauf der Gewalt beenden!

**Menschenrechtsreport Nr. 72 der
Gesellschaft für bedrohte Völker**

Juli 2014


gesellschaft
für **bedrohte**
völker



Impressum

Für Menschenrechte. Weltweit.

Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)
Postfach 2024, D-37010 Göttingen
Tel.: +49 551 49906-0
Fax: +49 551 58028
E-Mail: info@gfbv.de
Internet: www.gfbv.de

Bank für Sozialwirtschaft
Konto: 9 471 400
BLZ: 251 205 10
IBAN: DE82 2512 0510 0009 4714 00
BIC: BFSWDE33HAN



Die GfbV ist eine Menschenrechtsorganisation für verfolgte ethnische und religiöse Minderheiten; NGO mit beratendem Status bei den UN und mitwirkendem Status beim Europarat. Sektionen, Büros oder Repräsentanten in Arbil, Bern, Bozen, Göttingen/Berlin, London, Luxemburg, NewYork, Pristina, Sarajevo/Srebrenica, Wien

Text: Ulrich Delius

Redaktion: Inse Geismar

Layout: Tanja Wiczorek, Hanno Schedler

Preis: 5 Euro

Herausgegeben von der Gesellschaft für bedrohte Völker im Juli 2014

Pulverfass Xinjiang / Ostturkestan: Kreislauf der Gewalt beenden!

1. Zusammenfassung	5
2. Empfehlungen der Gesellschaft für bedrohte Völker	7
3. Gewalt eskaliert in Xinjiang / Ostturkestan	8
4. "Heiliger Krieg" oder hausgemachte Gewalt?	9
5. Flüchtlingsdrama in Südostasien	10
6. Gewaltsame Zwischenfälle - eine Chronologie von Juni 2014 bis März 2013	11
7. Anti-Terror-Kampf schürt Verhaftungswelle	27
8. Staatsschutzdelikte betreffen vor allem Uiguren	30
9. Demütigung statt Gerechtigkeit	31
10. China setzt auf Gegengewalt und Sicherheit	32
11. Fünf Jahre nach den Unruhen von Urumtschi - Schicksal Verschwundener immer noch ungeklärt	33
12. Geld und Assimilation statt Respekt und Rechte	35
13. Keine Internetfreiheit für Uiguren	37
14. Religionsfreiheit wird verletzt	38
15. Verhaftungen uigurischer Menschenrechtler schüren Gewalt	40

1. Zusammenfassung

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) dokumentiert in diesem Menschenrechtsreport 49 blutige Zwischenfälle zwischen Uiguren und Han-Chinesen aus dem Zeitraum zwischen März 2013 und Juni 2014, bei denen mindestens 354 Menschen getötet und 515 Personen verletzt wurden. Auch wird die Festnahme von 745 Uiguren in der Region Xinjiang / Ostturkestan belegt. Die erschreckenden Zahlen belegen, dass sich die Lage in der Unruheregion in den Jahren 2013/2014 dramatisch zugespitzt hat. Die Verhaftung von führenden uigurischen Menschenrechtlern – wie dem in Peking lebenden Wirtschaftsprofessor Ilham Tohti und dem Sprachenrechtler Abduweli Ayup - hat unter Uiguren weitere Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung geweckt und den Kreislauf der Gewalt geschürt. Die massive Zunahme der Gewalt ist eine direkte Folge der systematischen Verletzung der Religions-, Meinungs-, Presse- und Internetfreiheit der Uiguren. China muss sich um eine politische Lösung des Uiguren-Konflikts bemühen und das Pulverfass Xinjiang / Ostturkestan nicht nur als Sicherheitsproblem verstehen.

Im Rahmen des Antiterror-Kampfes chinesischer Sicherheitsbehörden finden ständig neue Festnahmen und Gerichtsverfahren gegen Uiguren wegen „Staatschutzdelikten“ statt. Drei von vier Personen, die im Jahr 2012 in der Volksrepublik China wegen angeblicher „Gefährdung der Staatssicherheit“ vor Gericht gestellt wurden, stammen aus Xinjiang / Ostturkestan. In den meisten dieser Verfahren werden grundlegende Regeln des chinesischen Strafprozessrechts sowie internationale Standards fairer Prozessführung verletzt. Am problematischsten sind jüngste Schauprozesse, bei denen die uigurischen Angeklagten öffentlich gedemütigt werden und in einem Stadion vor tausenden Zuschauern in einem Schnellprozess abgeurteilt werden. Diese Demütigungen schaffen keine Gerechtigkeit, sondern schüren neuen Hass und Gewalt.

Statt nach den Ursachen der Gewalt zu suchen und die gescheiterte Nationalitätenpolitik grundlegend zu reformieren, sehen Chinas Behörden den Uiguren-Konflikt vor allem als Sicherheitsproblem. Überall werden die Sicherheitsvorkehrungen verschärft und selbst die Universitäten werden in den Antiterror-Kampf miteinbezogen. Staatspräsident Xi Jinping hat mehrfach betont, dass der „Kampf gegen den Terrorismus“ im Mittelpunkt aller Aktivitäten staatlicher Organe stehen muss. De facto töten heute aber schon immer häufiger Uiguren als Polizisten /Hilfspolizisten in chinesischem Auftrag andere Angehörige ihres Volkes. Dies führt zu massiven Brüchen und Zerwürfnissen in der uigurischen Gesellschaft.

Fünf Jahre nach den schweren Unruhen von Urumtschi im Juli 2009 ist das Schicksal hunderter verschwundener Uiguren noch immer ungeklärt. Wir dokumentieren in dem Report das Schicksal vieler Uiguren, die zufällig beim Einkaufen oder auf dem Weg zur Arbeit in Razzien gerieten und seither verschwunden sind. Dringend muss ihr Schicksal

Xinjiang / Ostturkestan: Kreislauf der Gewalt beenden!

aufgeklärt werden und die Verantwortlichen für ihr Verschwinden müssen zur Rechenschaft gezogen werden.

Chinas Staatsführung verspricht sich von mehr Investitionen in die Infrastruktur eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Uiguren und eine Stabilisierung der Lage. Mit mehr Bildungsausgaben will man die Assimilation der Uiguren in die chinesische Gesellschaft vorantreiben. Doch Uiguren wollen keine Assimilation, sondern eine Anerkennung ihrer verfassungsrechtlich und im Autonomiestatut anerkannten Rechte, ihrer Kultur, Religion und Traditionen. Stattdessen fördert Chinas Regierung mit dem Bau neuer Eisenbahnlinien den Zuzug von noch mehr Han-Chinesen und eine Veränderung der Bevölkerungsstruktur zu Ungunsten der ethnischen Minderheit. Der Mangel an Respekt gegenüber den Uiguren ist eines der Grundprobleme von Chinas verfehlter Nationalitätenpolitik in Xinjiang / Ostturkestan.

Uiguren können sich im Internet oder in sozialen Medien über die Lage in ihrer Heimat nicht austauschen ohne Gefahr zu laufen wegen illegaler „Verbreitung von Gerüchten oder Unterstützung von Terrorismus oder religiösem Extremismus“ zu langjährigen Haftstrafen verurteilt zu werden. In keiner anderen Region der Volksrepublik wird die Internetfreiheit so massiv unterdrückt und befinden sich so viele Webmaster aus politischen Gründen in Haft.

Die meisten gewaltsamen Zwischenfälle gehen auf Verletzungen der Religionsfreiheit muslimischer Uiguren zurück. Viele blutige Auseinandersetzungen ereigneten sich, als chinesische Polizei nicht die Bekleidungs Vorschriften gläubiger Uigurinnen beachtete und ihren Schleier lüftete, um ihre Identität festzustellen. Jede Woche werden neue Einschränkungen der Religionsfreiheit verhängt: So werden religiöse Feiern verboten, Schüler werden während des Fastenmonats zum Fastenbrechen gezwungen, Restaurants dürfen während des Ramadans nicht schließen, Schleier werden verboten, Bartträger werden Opfer von willkürlichen Kontrollen und Verhören.

Vor zunehmender Verfolgung und Gewalt fliehen immer mehr Uiguren nach Südostasien. Mindestens 476 Angehörige der Minderheit haben im Frühjahr 2014 in Thailand und Malaysia um Schutz gesucht. Dringend müssen sie angesichts der zunehmenden Verfolgung Aufnahme in Drittstaaten finden, weil ihr Leben bei einer Abschiebung nach China akut bedroht wäre.

Chinas Behörden machen „religiöse Extremisten“ und die bewaffnete Gruppe „East Turkestan Islamic Movement (ETIM)“ für die Eskalation der Gewalt verantwortlich. Für keinen der Anschläge hat die bedeutungslos gewordene ETIM aber die Verantwortung übernommen. Als Nachfolgeorganisation bringt sich die „Islamische Partei Turkestans (TIP)“ ins Spiel. Die TIP möchte sich als Sprachrohr der Uiguren im Exil präsentieren. Doch

eine breite Mehrheit der Uiguren will nur mit friedlichen Mitteln mehr Respekt für Menschenrechte durchsetzen. Der in München ansässige „Weltkongress der Uiguren (WUC)“ gilt unbestritten als die bedeutendste Stimme der Uiguren im Exil. Bisher scheint die Gewalt in der Konfliktregion weitgehend hausgemacht zu sein und der Wut und Verzweiflung der einheimischen uigurischen Bevölkerung zu entspringen. Doch wenn Chinas Staatsführung nicht endlich den Dialog mit anerkannten Sprechern der Uiguren sucht und sich um eine politische Lösung des Konflikts bemüht, könnten internationale Jihadisten den Konflikt noch stärker für ihre Zwecke instrumentalisieren.

2. Empfehlungen der Gesellschaft für bedrohte Völker

- Sofortige Freilassung der inhaftierten Menschenrechtler und politischen Gefangenen
- Nach internationalen Standards faire Gerichtsverfahren für alle Personen, die Gewalt verübten
- Überprüfung und Neuorientierung der Nationalitätenpolitik in Xinjiang / Ostturkestan
- Umsetzung einer wahren Autonomie
- Suche nach einer politischen Lösung des Uiguren-Konflikts
- Keine Einschränkung der Religions-, Meinungs-, Internet- und Pressefreiheit
- Aufklärung des Schicksals der Hunderten Verschwundenen und Bestrafung der Verantwortlichen
- Begrenzung des Zuzugs von Han-Chinesen
- Stopp der Assimilationspolitik, Anerkennung der uigurischen Geschichte, Kultur, Traditionen und Gesellschaft
- Förderung der uigurischen Sprache und Kultur
- Förderung der Verständigung zwischen Uiguren und Han-Chinesen
- Aufnahme und Schutz für uigurische Flüchtlinge in Drittstaaten
- Keine Ausbeutung von Ressourcen in Xinjiang / Ostturkestan ohne Mitsprache der lokalen Bevölkerung

3. Gewalt eskaliert in Xinjiang / Ostturkestan

Die Lage in der im Nordwesten Chinas gelegenen Autonomen Region Xinjiang / Ostturkestan ist äußerst angespannt. Seit Jahresbeginn 2014 hat dort die Gewalt noch einmal deutlich zugenommen. Fast wöchentlich kommt es zu Zwischenfällen, die Menschenleben fordern. Anschläge auf Bahnhöfe, Märkte und Polizeiwachen werden von chinesischen Sicherheitskräften mit massiver Gegengewalt und verstärkter Verfolgung beantwortet. In dem vorliegenden Menschenrechtsreport dokumentieren wir 49 Zwischenfälle, die sich seit März 2013 ereigneten. Mindestens 354 Menschen wurden bei Anschlägen, Razzien und Zusammenstößen zwischen Uiguren und Han-Chinesen getötet. Es gab mindestens 515 Verletzte und 745 Festnahmen.

Angesichts der staatlichen Zensur, der restriktiven Informationspolitik sowie der Einschränkung von Bewegungsfreiheit und Arbeitsmöglichkeiten für Menschenrechtsorganisationen in China kann vielen Hinweisen auf weitere Menschenrechtsverletzungen nicht nachgegangen werden. So gehen wir davon aus, dass die tatsächliche Opferzahl noch deutlich höher ist.

Die meisten der hier registrierten Zusammenstöße sind auf Verletzung der Glaubensfreiheit zurückzuführen. Handgemenge oder Proteste von Uiguren, die tödlich enden, werden oft von Sicherheitskräften ausgelöst, die wider besseres Wissen die Bekleidungs Vorschriften von gläubigen Muslimen verletzen (z.B. den Schleier von Musliminnen anheben, um ihre Identität zu überprüfen) oder gewaltsam Gebetsversammlungen von Uiguren beenden. Viele Todesopfer forderte auch ein Angriff auf ein Familientreffen, auf dem eine Hochzeit vorbereitet wurde. Staatliche chinesische Medien hatten zuvor berichtet, die Gruppe habe Sprengkörper gebastelt.

Größere Attentate, wie der Auto-Anschlag auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking oder auf Reisende im Bahnhof Kunming, wurden offensichtlich von verzweifelten und hoffnungslosen Familien begangen. Sie hatten keinen islamistischen Hintergrund, sondern waren auf persönliche Verletzungen zurückzuführen. Häufig reagieren die Polizisten in Konfliktsituationen in Panik und schießen wahllos in Menschenmengen. Es ist auffallend, dass meist auch bei größeren Gruppen von Angreifern nur einer der Uiguren überlebt. Diese Person soll in Verhören Auskunft über die Täter und ihre Beweggründe geben. Alle anderen Gewalttäter werden regelmäßig von den Sicherheitskräften erschossen.

4. „Heiliger Krieg“ oder hausgemachte Gewalt?

Seit den Terroranschlägen des 11. September 2001 versucht die Volksrepublik China, die internationale Staatengemeinschaft davon zu überzeugen, dass auch China sich im weltweiten Antiterror-Kampf befindet: in Xinjiang / Ostturkestan. Die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, die Regierungen der USA und vieler europäischer Staaten sowie Menschenrechtsorganisationen widersprachen jahrelang vehement dieser Darstellung. Sie wissen, dass es sich in Xinjiang / Ostturkestan vor allem um hausgemachte Konflikte handelt und nicht um Kampfzonen des internationalen Jihadismus.

Hat sich an dieser Einschätzung etwas geändert durch die Gewalteskalation seit März 2014? Chinas Behörden machen weiterhin „religiöse Extremisten“ für die zunehmende Gewalt verantwortlich (*South China Morning Post*, 17.2.2014). Nach dem Auto-Anschlag auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking im Oktober 2013 beschuldigten Chinas Sicherheitsbehörden sofort das *East Turkestan Islamic Movement (ETIM)* für die Gewalt (*South China Morning Post*, 1.11.2013). Doch angesichts des persönlichen Hintergrunds und Tatmotivs der Attentäter – es war der Jahrestag der Zerstörung eines von dem Attentäter mitfinanzierten Gebetsraumes in einer Moschee – bestehen ernste Zweifel an dieser Sichtweise. Denn es macht keinen Sinn, stereotyp für jede Gewalt in der Konfliktregion ETIM pauschal dafür verantwortlich zu machen. ETIM wird auch von Chinas Behörden beschuldigt, den Anschlag auf Reisende vor dem Bahnhof von Urumtschi im April 2014 geplant zu haben (*South China Morning Post*, 18.5.2014).

Für keinen der Anschläge erklärt sich die ETIM verantwortlich. Viel ist über die ETIM und ihre mutmaßliche Verantwortung für das Aufflammen der Gewalt in der Konfliktregion geschrieben worden. Doch viele Beobachter halten die Bewegung heute für eine Gruppe im Niedergang, die keinen entscheidenden Einfluss auf die Entwicklung in der Konfliktregion habe. In den späten 90er-Jahren und zur Jahrtausendwende habe ETIM mehr Einfluss in Xinjiang besessen. Seit der Tötung ihres damaligen Führers Hasan Mahsum in seinem Versteck in Waziristan (Pakistan) im Oktober 2003 sei es ruhig geworden um die Gruppe. Bis heute ist nicht klar, ob die ETIM überhaupt irgendwann – wie von Chinas Sicherheitsbehörden behauptet – eine größere Zahl von Anschlägen in China verübte (*Wall Street Journal*, 26.5.2014).

Als Nachfolgeorganisation bringt sich die vor allem von Pakistan aus operierende *Islamische Partei Turkestans (TIP)* ins Spiel. Einige Medien schrieben ihr eine Rolle bei dem Anschlag in Urumtschi zu und erklärten, sie habe dafür die Verantwortung übernommen. Doch tatsächlich lobt sie die Bluttat nur (*Radio Free Asia*, 15.5. 2014). Mehrfach hatte die TIP schon Verantwortung für Anschläge übernommen, um die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen, ohne tatsächlich Urheber der Gewalt gewesen zu

sein. Die TIP hat sich seit dem Jahr 2005 immer mehr konsolidiert und in den Vordergrund geschoben. Ihr Führer Abdullah Mansour versucht sich zu einem Sprecher verfolgter Uiguren in der muslimischen Welt zu machen. Aber auch ihre Operationsmöglichkeiten erscheinen bislang sehr begrenzt. Doch sowohl die Sicherheitsbehörden in China als auch die TIP selbst haben ein Interesse daran, dass die Organisation wahrgenommen wird. Denn China will damit zeigen, dass das Land unter den Folgen des weltweiten Terrorismus leidet und die TIP strebt nach mehr Geltung, um auch als Sprachrohr der Uiguren ernst genommen zu werden.

Doch diesen Status hat die TIP noch lange nicht. Zu radikal sind ihre Ansätze und eine breite Mehrheit der Uiguren will nur mit friedlichen Mitteln mehr Respekt für Menschenrechte durchsetzen. Der in München ansässige *Weltkongress der Uiguren* gilt unbestritten als die bedeutendste Stimme der Uiguren im Exil.

Sollte die Spirale der Gewalt sich noch schneller drehen, dann ist nicht auszuschließen, dass auch die TIP eine größere Bedeutung bekommen könnte. Denn mit jedem Verschwindenlassen von Uiguren, mit jeder willkürlichen Verhaftung nehmen Hoffnungslosigkeit und Hass auf Seiten der Uiguren zu.

Doch bislang scheint die Gewalt weitgehend hausgemacht zu sein und der Wut und Verzweiflung der einheimischen uigurischen Bevölkerung zu entspringen. Dafür sprechen sowohl die selbst gefertigten Sprengkörper als auch die Messer, mit denen die meisten Gewalttaten begangen werden. Dies entschuldigt natürlich die Täter nicht, die für ihre Bluttaten in fairen Gerichtsprozessen zur Rechenschaft gezogen werden müssen. Aber es wird dadurch ganz klar deutlich, dass China durchaus die Gewalt eindämmen und stoppen könnte, wenn die Staatsführung der Volksrepublik den politischen Willen zum Dialog hätte.

5. Flüchtlingsdrama in Südostasien

Angesichts der massiv zunehmenden Verfolgung in ihrer Heimat versuchen immer mehr Uiguren in die Nachbarländer zu fliehen. Da Pakistan und die zentralasiatischen Staaten eng mit der Volksrepublik China kooperieren und Flüchtlinge nach China zurückschicken, flohen hunderte Uiguren in den Jahren 2013/2014 nach Vietnam, Laos und Kambodscha und von dort weiter nach Thailand und Malaysia. Es ist ein vollkommen neues Phänomen, was die Aufnahmeländer vor enorme Herausforderungen stellt. Denn eine Umsiedlung der Flüchtlinge in Drittstaaten stößt auf massiven Protest Chinas, der von vielen Staaten angesichts der großen politischen und wirtschaftlichen Bedeutung des Landes sehr ernst genommen wird. So wurden im Mai 2014 bereits 476 mutmaßlich aus Xinjiang / Ostturkestan stammende neue Flüchtlinge in Südostasien gezählt.

Dabei ist besonders auffallend, dass viele der Flüchtlingsfrauen tief verschleiert und strenggläubige Muslime sind. Das ist ein Phänomen, das auch eine Folge der wachsenden Repression in ihrer Heimat ist. Von den südostasiatischen Staaten können sie kaum Hilfe erwarten, da sie sich traditionell mit der Aufnahme von Flüchtlingen schwer tun und ihr Verhältnis zur Volksrepublik China aufgrund der Territorialkonflikte in der südchinesischen See sehr angespannt ist. Sie haben nur wenig Einwirkungsmöglichkeiten auf die chinesische Staatsführung, um zu einer Verbesserung der Menschenrechtslage in Xinjiang / Ostturkestan und zu einer politischen Lösung des Uiguren-Konflikts konstruktiv beizutragen.

Jede Abschiebung von uigurischen Flüchtlingen nach China kommt einer Todeserklärung für die Betroffenen gleich. Chinas Behörden lassen nichts unversucht, um der Flüchtlinge habhaft zu werden und sie zur Abschreckung drakonisch zu bestrafen.

6. Gewaltsame Zwischenfälle – eine Chronologie von Juni 2014 bis März 2013

Seit März 2013 wurden bei 49 Zwischenfällen zwischen Uiguren und Sicherheitskräften, Anschlägen auf Polizeistationen und Razzien 354 Menschen getötet, 515 Menschen verletzt und mindestens 745 Menschen festgenommen.

21. Juni 2014: 13 Menschen werden nach offiziellen chinesischen Angaben getötet, als sie in dem Ort Kargilik (chinesisch: Yecheng) im Bezirk Kashgar eine Polizei-Dienststelle angreifen. Drei Polizisten sollen bei dem Anschlag leicht verletzt worden sein (*Associated Press / South China Morning Post*, 21.6.2014). Die Angreifer sollen nach Informationen der Behörden mit einem mit Sprengkörpern beladenen Fahrzeug das Gebäude der Sicherheitsdienste gerammt haben und danach die Sprengkörper zur Explosion gebracht haben. Alle Angreifer seien von Polizisten erschossen worden sein, erklärten die Behörden. Weitere Angaben zu den Tätern und dem Tathergang wurden nicht gemacht. Von unabhängiger Seite konnten die wenigen Informationen nicht überprüft werden, da Journalisten der Zugang zu der Region verwehrt wird.

20. Juni 2014: Fünf Polizisten werden bei einem Angriff auf einen Sicherheits-Checkpoint in der Nacht auf Freitag in dem Dorf Kayash (Bezirk Qaraqash chinesisch: Moyu) in der Präfektur Hotan getötet. Zwei Polizisten werden niedergestochen und erliegen ihren schweren Verletzungen auf dem Weg ins Krankenhaus. Drei weitere Beamte, die sich in einen Nebenraum des Gebäudes ausruhten, starben in den Flammen, nachdem die Angreifer ihre Räumlichkeiten in Brand gesetzt hatten (*Radio Free Asia*, 22.6.2014). Der Sicherheits-Checkpoint wurde bei dem Überfall total zerstört. Die Polizei stellte fünf leere Benzinkanister in der Nähe des Tatorts sicher. Bewohner des Dorfes berichteten, in

den Tagen vor dem Angriff hätten Polizisten willkürlich verschleierte Frauen und Barträger verhaftet und verhört. Ein Lehrer in dem Bezirk, der anonym bleiben möchte, zeigte sich nicht verwundert über den Überfall. „Ich war nicht überrascht, als ich von dem Zwischenfall hörte“, erklärte der Lehrer. „Die momentan betriebene „Schlag-hart-zu-Kampagne“ kann noch ernstere Zwischenfälle auslösen, als wir momentan erleben, ganz zu schweigen von den verschiedenen Kampagnen in vorangegangenen Jahren.... Sie tun nichts für die Sicherung der Stabilität, sondern schüren nur Feindschaft und Hass in der Gesellschaft.“ (*Radio Free Asia*, 22.6.2014)

20. Juni 2014: Auf der Polizeiwache der Stadt Ishkul im Bezirk Yarkand (chinesisch: Shache) in der Präfektur Kashgar wird ein Polizist niedergestochen und getötet und ein zweiter verletzt. Als dringend tatverdächtig gilt ein Uigure, der bereits zum zweiten Mal innerhalb einer Woche zum Verhör einbestellt worden war. Beim ersten Verhör war er gefoltert worden, doch man hat keine belastenden Beweise für ein Vergehen oder ein Verbrechen erhalten. Offensichtlich fürchtete der mutmaßliche Täter, nun erneut gefoltert zu werden. Sein Schicksal ist bislang ungeklärt.

15. Juni 2014: In einer Schach- und Mahjong-Halle in der Stadt Hotan greifen drei Uiguren mit Äxten Mahjong-Spieler an (*Washington Post*, 15.6.2014). Videokameras dokumentieren, wie sie ihre Äxte zücken und damit vier Spieler verletzen (*South China Morning Post*, 17.6.2014). Die Besucher der Spielhalle bewerfen die Angreifer mit Stühlen, um weitere Attacken abzuwehren. Hinter den flüchtenden Mahjong-Spielern stürmen die Angreifer auf einen Parkplatz, wo sie von zu Hilfe gerufenen Anliegern aus benachbarten Geschäften eingekreist werden. Die Zu-Hilfe-Geeilten sind mit Knüppeln und Stangen bewaffnet. Schließlich treffen schwer bewaffnete Polizisten ein. Zwei der Angreifer werden getötet, ein Dritter wird verletzt verhaftet. Aus der Auswertung der Aufzeichnungen der Videokameras ist nicht ersichtlich, ob die Angreifer von den herbeigerufenen Polizisten oder von den Passanten getötet werden. Gegenüber dem staatlichen Fernsehen CCTV erklärt einer der bei dem Angriff Verletzten: „Für mich sind dies keine Menschen. Sie machen sich selber und auch anderen Ärger. Sie verursachen Chaos in der Gesellschaft.“ (*South China Morning Post*, 16.6.2014)

Der Uigure Muer Zahti, ein überlebender Attentäter des 15. Juni, wurde am 22. Juni 2014 im staatlichen Fernsehen CCTV vorgeführt (*Associated Press*, 22.6.2014). Es ist gängige Praxis der chinesischen Strafverfolgungsbehörden, Inhaftierte noch vor förmlichen Gerichtsverfahren zu drängen, in staatlichen Medien ihre Schuld zu bekennen. So mussten mehrere festgenommene Menschenrechtsverteidiger im April und Mai 2014 in landesweit ausgestrahlten Fernsehinterviews ihre Schuld bekennen. Solche Fernsehauftritte vor Abschluss des förmlichen Strafverfahrens verletzen das chinesische Strafprozessrecht. Der inhaftierte 19 Jahre alte Uigure entschuldigte sich in der Fernsehaufzeichnung für seinen Angriff. Er beschuldigte seine Mittäter, ihn angestiftet zu

haben und ihm versprochen zu haben, mit einem Selbstmordanschlag im Rahmen des „Heiligen Krieges“ werde er in den Himmel kommen und Allah nahe sein (*Al Djazeera*, 22.6.2014). Die Polizei behauptete, die Attentäter seien von extremistischen religiösen Videos aus dem Ausland inspiriert gewesen.

4. Juni 2014: Die vier Uiguren Dawut Zunun, Turaji Obulqasim, Tursunjan Hoseyin und dessen älterer Bruder werden in dem Dorf Salayqong im Bezirk Konasheher (chinesisch: Shufu) in der Präfektur Kashgar von Polizisten erschossen. Die Uiguren hatten zuvor einen uigurischen Polizisten getötet, der bei einer Hausdurchsuchung den Schleier einer Uigurin angehoben hatte. Zwei Uiguren starben auf der Stelle im Kugelhagel der Polizei, ein dritter wurde schwer verletzt und starb auf dem Weg ins Krankenhaus. Eine vierte Person wurde bei der Flucht vor den Polizisten tödlich in den Rücken getroffen (*Radio Free Asia*, 11.6.2014).

29. Mai 2014: Im Dorf Besheriq (Bezirk Awat, Präfektur Aksu) wird der uigurische Beifahrer eines Motorradfahrers von einer Polizeistreife erschossen. Die beiden Personen seien wegen eines Verbrechens gegen die „Stabilität der Gesellschaft“ gesucht worden, behaupteten die Behörden (*Radio Free Asia*, 11.6.2014). Besonders wurde den beiden Uiguren zur Last gelegt, dass sie im Besitz von Benzinkanistern gewesen seien und eventuell einen Anschlag planten.

29. Mai 2014: Bei zwei Zwischenfällen im Bezirk Toksu (chinesisch. Xinhe) in der Präfektur Aksu werden vier Menschen getötet. In dem Dorf Karatagh werden zwei Uiguren und ein Polizist getötet, als Sicherheitskräfte versuchten, mehrere Angehörige der Minderheit festzunehmen. Der Polizist wurde erschlagen, als er mit einem Trupp von acht Ordnungskräften ein Haus auf der Suche nach zwei mutmaßlichen Bombenlegern durchsuchte. Im Haus seien sie mit Messern und Stöcken angegriffen worden und hätten daraufhin das Feuer eröffnet, erklärten die Behörden. Getötet wurde der von der Polizei gesuchte 35 Jahre alte Imin Tomur und sein 37-jähriger Bruder Rahman Tomur (*Radio Free Asia*, 5.6.2014). Rahman Tomur habe nichts mit dem Bombenbau zu tun, sondern sei erschossen worden, weil er ein Komplize des Hauptverdächtigen gewesen sei, erklärte der Leiter des Polizei-Einsatzes. Sein 35 Jahre alter Freund Yasin Osman wurde von Polizisten verletzt. Vier Polizisten wurden bei dem Einsatz verwundet.

Bei dem anderen Zwischenfall wird ein Uigure von Polizisten im Streit getötet. Er hatte sich beschwert, dass die Sicherheitskräfte seine Ehefrau gezwungen hatten, ihren Schleier zu lüften und ihr Gesicht zu zeigen (*Radio Free Asia*, 5.6.2014). Der Zwischenfall ereignete sich bei einer Hausdurchsuchung durch Polizisten.

28. Mai 2014: Polizisten erschießen am Abend in der Stadt Kashgar zwei jugendliche Uiguren. Augenzeugen berichten, die Getöteten seien vermutlich 17 oder 18 Jahre alt

gewesen, die Behörden gaben ihr Alter mit 18 Jahren an. Chinesische Händler hatten die Polizei gerufen. Die Polizisten gaben an, sie hätten die Jugendlichen, die mit Messern zwei Han-Chinesen angegriffen hätten, eingekreist und das Feuer auf sie eröffnet. Einer der mutmaßlichen Täter sei noch am Tatort gestorben, der andere sei im Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen (*Radio Free Asia*, 28.5.2014).

25. Mai 2014: Eine Bombe explodiert vor einer Polizeidienststelle in Yarkand (chinesisch: Shache). Vier weitere Bomben konnten vor ihrer Explosion entschärft werden. Drei dieser Sprengkörper waren vor Polizeidienststellen deponiert, eine weitere befand sich in der Nähe einer Tankstelle in einem von Han-Chinesen bewohnten Stadtviertel (*Radio Free Asia*, 26.5.2014). Nach dem Bekanntwerden der Anschlagpläne waren viele Han-Chinesen in dem Viertel tief verunsichert und verängstigt, berichteten Augenzeugen. Bei der Explosion wurde ein Polizeifahrzeug beschädigt. Die Polizei lehnte es ab, weitere Details über die Anschläge zu veröffentlichen.

21. Mai 2014: 43 Tote und 94 Verletzte – das ist die traurige Bilanz eines Anschlags mit zwei Kraftfahrzeugen auf einen Markt in der Stadt Urumtschi (*South China Morning Post*, 24.5.2014). Zwei Geländewagen fuhren mit hoher Geschwindigkeit in Gruppen von Passanten, die die Marktstände umlagerten. Eines der Fahrzeuge explodierte nach dem Aufprall. Die meisten Opfer waren ältere Leute, die auf dem Markt günstige Einkaufsgelegenheiten nutzten. Das Attentat war eine der schlimmsten Gewalttaten im Nordwesten Chinas seit vielen Jahren. China bezeichnete den Vorfall als „terroristische Gewalttat“. Nach Angaben der Behörden sprengten die Attentäter eines der Fahrzeuge bei dem Aufprall gezielt in die Luft (*BBC*, 23.5.2014). In allen Städten der Region werden die Sicherheitsvorkehrungen daraufhin massiv verstärkt. Nach der Auswertung der Bilder von Überwachungskameras schreiben die Behörden die Uiguren Kurban Kadim und Abulaiti Niyam zur Fahndung aus (*Radio Free Asia*, 23.5.2014). Die Sicherheitsbehörden gehen von fünf Tätern aus, vier seien bei dem Anschlag zu Tode gekommen, ein fünfter Verdächtiger wird zwei Tage nach dem Anschlag 250 Kilometer südlich von Urumtschi festgenommen (*South China Morning Post*, 24.5.2014).

13. Mai 2014: Zwei Uiguren werden in dem Dorf Sanju erschossen und eine weitere Person unter dem Verdacht festgenommen, an einem Bombenanschlag auf eine Polizeidienststelle beteiligt gewesen zu sein. Ein Augenzeuge berichtete, einer der Getöteten sei auf einer Spargelfarm erschossen worden, obwohl der junge Mann unbewaffnet aus einem brennenden Feld geflohen sei. Ein Bauer, der über den Zwischenfall berichtete, erklärte, die Bauern hätten den Sicherheitskräften bei ihrer Razzia nicht helfen wollen, hätten aber befürchtet, als „Sympathisanten von Terroristen“ zu gelten und hätten daher an der Verfolgungsjagd mitgewirkt (*Radio Free Asia*, 17.5.2014). Der Gesuchte hätte lebend festgenommen werden können, bekräftigten die Augenzeugen. „Wir warteten über eine Stunde lang auf ihn, als das Feld in Flammen stand“, erklärte der Einsatzleiter

der Polizei. „Er musste aus dem Feld herauskommen. Als er dann kam, haben wir ihn erschossen.“ Der zweite Verdächtige wurde von den Polizisten erschossen, weil er ein Messer in der Hand hielt. Den Beschuldigten wurde vorgeworfen, an einem nächtlichen Bombenanschlag auf eine Polizeistation im Bezirk Guma (chinesisch: Pishan) in der Präfektur Guma beteiligt gewesen zu sein.

8. Mai 2014: Bei der Durchsuchung der Passagiere eines Überlandbusses erschießen Polizisten in der Stadt Aksu einen uigurischen Jungen und nehmen einen Erwachsenen fest. Die Ordnungskräfte hätten das Feuer auf den Jugendlichen sofort eröffnet, berichten Augenzeugen. Bei der Polizeikontrolle sei der Uigure zuvor beleidigt worden. (*Reuters*, 8.5.2014) Daraufhin habe ein weiterer Jugendlicher einen Polizisten mit einem Messer angegriffen und durch einen Stich in den Arm verletzt (*South China Morning Post*, 8.5.2014). Mindestens zwei Polizeifahrzeuge seien bei der Auseinandersetzung in Flammen aufgegangen.

6. Mai 2014: Sechs Personen werden bei einem Messerangriff auf dem Bahnhof Gungzhou im Südosten Chinas verletzt. Auch der Täter wird verwundet. Seine Identität legen die Behörden nicht offen. Sie bekräftigten nur, es habe sich um einen Einzeltäter gehandelt (*Guardian*, 7.5.2014). Dies war der dritte Anschlag auf Zugreisende in China innerhalb von zwei Monaten (*South China Morning Post*, 6.5.2014). Die Behörden unterstreichen in der Öffentlichkeit, dass sie alles unternehmen, um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu garantieren. So seien seit dem 1. Mai 2014 mehr als 4.000 bewaffnete Polizisten und 10.000 Hilfspolizisten zu Patrouillen in der Stadt eingesetzt. Auch seien seither 397.000 Überwachungskameras in der Stadt installiert worden. Auch in Schanghai und Peking wurden die Sicherheitsmaßnahmen massiv verschärft.

1. Mai 2014: In einem Fluss in der Stadt Jiaying in der im Osten Chinas gelegenen Provinz Zhejiang wird der Leichnam des 16 Jahre alten uigurischen Schülers Ibrahim Abdurahman gefunden. Der Jugendliche war wenige Tage zuvor verschwunden. Während die Polizei erklärt, er habe Selbstmord begangen, vermuten Familienangehörige eine Gewalttat, da sein Kopf und sein Rücken verdächtige Verletzungen aufweisen. Sie befürchten, dass sein Tod eine gewaltsame Vergeltungstat sein könnte, die mit dem blutigen Anschlag auf Reisende im Bahnhof Kunming zusammenhängen könnte.

30. April 2014: Während des Besuches des chinesischen Staatspräsidenten Xi Jinping im Nordwesten des Landes werden bei einem Anschlag auf Reisende, die vor dem Bahnhof Urumtschi warten, drei Menschen getötet und 79 Personen verletzt (*South China Morning Post*, 30.4.2014). Xi Jinping befindet sich auf einer viertägigen Tour durch die autonome Region und fordert unmittelbar nach dem Anschlag ein härteres Vorgehen gegen Extremisten. Xi appelliert an die Muslime, sich „klar vom Extremismus

abzugrenzen“ (*Daily Telegraph*, 30.4.2014). Außerdem verlangt der Präsident, „Angehörige ethnischer Minderheiten mehr zu fördern und zu unterstützen.“

Nur wenige Stunden vor dem Anschlag hatte Xi Jinping in einer Rede in Urumtschi bekräftigt: „Die dauerhafte Stabilität Xinjiangs ist lebenswichtig für das ganze Land, für seine Reform, seine Entwicklung und Stabilität; für die Einheit des Landes, die ethnische Harmonie und die nationale Sicherheit sowie für das große Wiedererstehen der chinesischen Nation.“ (*Daily Telegraph*, 30.4.2014)

Die Sicherheitsbehörden gehen davon aus, dass der Anschlag von zwei Personen geplant und begangen wurde, die beide bei der Bluttat umgekommen sein sollen. Einer der Täter soll der 39 Jahre alte Sedirdin Sawut aus Aksu sein (*South China Morning Post*, 1.5.2014). Die Polizei wird angewiesen, zehn Familienangehörige von Sedirdin zu verhaften. Bei den Gesuchten handelt es sich um den 69 Jahre alten Vater, den 77 Jahre alten Schwiegervater, seine Ehefrau sowie Brüder und Cousins im Alter zwischen 22 und 77 Jahren (*South China Morning Post*, 3.5.2014). Mehr als 100 Familienangehörige des mutmaßlichen Attentäters werden in seiner Heimatstadt Gulbagh im Bezirk Shayar festgenommen (*Radio Free Asia*, 9.5.2014). Beobachter werten den Anschlag während des Xi Jinping-Besuchs als schwere Sicherheitspanne der lokalen und nationalen Behörden.

27. April 2014: Am ersten Tag des Besuchs des chinesischen Staatspräsidenten Xi Jinping in der Autonomen Region Xinjiang werden im Bezirk Kargilik in der Präfektur Kashgar drei chinesische Beamte getötet. Zwei der 38 bis 45 Jahre alten Männer wird die Brust aufgeschlitzt, ein weiterer wird mit 31 Messerstichen getötet. Die Beamten hatten einen Angelausflug zum Kokkolyar See unternommen, als der Zwischenfall passierte. In den Tagen nach der Entdeckung der Leichen wurden mehr als 150 Uiguren in der Region verhört und mehrere Verdächtige in Gewahrsam genommen (*Radio Free Asia*, 14.5.2014).

12. April 2014: Der 17 Jahre alte uigurische Gymnasiast Abdulbasit Ablimit, der auf seinem Motorrad angeblich eine rote Ampel überfährt, wird von einer Polizeistreife mit einem Schuss in den Rücken getötet (*Uyghur American Association*, 14.4.2014). Zwei weitere Uiguren, die Ablimit begleiteten, werden durch Schüsse verletzt. Mehr als 400 Angehörige und Freunde des Getöteten zogen daraufhin in einem friedlichen Protestzug mit dem Leichnam aus dem Dorf Qum'eriq nahe der Stadt Yurchi zu den Behörden des Bezirks. Die Demonstranten forderten Aufklärung über die Hintergründe des mysteriösen Todes und eine Bestrafung des verantwortlichen Polizisten. Gewaltsam lösten die Sicherheitskräfte den Demonstrationszug auf, schlugen Uiguren und nahmen 15 Angehörige der Minderheit fest. Auch Ablimits Onkel Mahmut Hesamidin wurde in Gewahrsam genommen. Sofort wurde von den Behörden eine Informationssperre

verhängt und der Ausnahmezustand über die Region verfügt. Im Rahmen der Verhaftungen verschwanden auch drei Augenzeugen der Erschießung Ablimits (*Radio Free Asia*, 29.4.2014).

März 2014: Rund 900 Uiguren werden nach einem Anschlag auf Reisende im Bahnhof Kunming aus der Provinz Yunnan zwangsweise in ihre Heimat Xinjiang gebracht (*Ming Pao*, 12.3.2014). Die als Händler, Straßenverkäufer, Restaurant-Betreiber und Arbeiter zum Teil seit Jahren in Yunnan lebenden Uiguren bekommen nur einen kleinen Kostenbeitrag in Höhe von umgerechnet 163 US-Dollars erstattet. Auch in Peking sowie in den Provinzen Shaanxi und Henen kommt es zu ähnlichen Abschiebungen. (*Radio Free Asia*, 12.3.2014)

23. März 2014: Der 21 Jahre alte Uigure Njiant Semet wird von Polizisten in der Stadt Atush schwer verletzt. Der Angestellte der lokalen Stadtverwaltung geriet mit Polizisten in Streit, die den Schlüssel seines Mopeds beschlagnahmten. Schließlich wurde er von acht Polizisten eines Sondereinsatzkommandos in Handschellen abgeführt. Wenig später blutete er aus Nase und Mund. Vier Stunden später wird sein Vater vom Krankenhaus informiert, sein Sohn befinde sich in einem kritischen Zustand. Der junge Mann überlebt die Misshandlungen und exzessive Gewalt der Polizisten jedoch (*Radio Free Asia*, 27.3.2014). Solche Übergriffe schüren jedoch bei Uiguren den Eindruck von willkürlicher ethnisch motivierter Gewalt sowie von Rechtlosigkeit.

16. März 2014: Der 29 Jahre alte uigurische Polizist Osmanjan Ghoji wird von dem Uiguren Ilyar Rehmulla in der Stadt Urumtschi niedergestochen und getötet (*Radio Free Asia*, 18.3.2014). Der Angreifer wird sofort von Kollegen des Getöteten erschossen.

11. März 2014: Sechs Menschen werden bei einem Streit zwischen den uigurischen Markthändlern Memet Abila und Hebir Turdi in der zentralchinesischen Stadt Changsha getötet. Turdi sticht zunächst Abila nieder und tötet danach noch willkürlich vier Passanten. Schließlich wird der Angreifer von Polizisten erschossen (*Radio Free Asia*, 14.3.2014).

1. März 2014: Auf Reisende im Bahnhof der Stadt Kunming in der Provinz Yunnan wird ein Attentat verübt. Bei dem Blutbad werden 33 Reisende und vier mutmaßliche Attentäter getötet sowie 143 Personen verletzt. Das Massaker löst weltweite Empörung aus und wird auch von uigurischen Organisationen im Exil scharf verurteilt. Eine der Angreiferinnen soll den Überfall überlebt haben und von der Polizei verhört worden sein. Die andere an dem Überfall beteiligte Frau kam zu Tode. Ihre Identität wird aber nicht von den Behörden offengelegt. Sechs Männer und zwei Frauen sollen nach offiziellen Angaben an der Vorbereitung und Durchführung des Angriffs beteiligt gewesen sein. Als Anführer der Gruppe wollen die Sicherheitsbehörden Abdurehim Kurban identifiziert

haben. Auch seine Ehefrau soll zu den Attentätern gezählt haben. Die Angreifer stachen willkürlich auf Reisende ein, die in dem belebten Bahnhof an Schaltern Fahrkarten kauften. Alle Täter seien in schwarz gekleidet gewesen.

Auch vier Monate nach dem Attentat bleiben noch viele Fragen offen. So ist unklar, wie es den Tätern gelingen konnte, mit ihren Messern in die gut bewachte Bahnhofshalle zu kommen. Außerdem ist ungeklärt, warum die Sondereinheit der Polizei solange brauchte, bis sie am Tatort eintraf und das Morden stoppte. Ob die Täter – wie von den Behörden behauptet - einen islamistischen Hintergrund hatten, ist fraglich, da sie bei dem Überfall maskiert waren. Islamistische Attentäter, die sich im Heiligen Krieg verstehen und deshalb einen Anschlag verüben, sind jedoch niemals maskiert. Im Gegenteil: Sie fühlen sich mit ihrer Tat Allah ganz nah und wollen ihre Identität und Persönlichkeit offen zeigen.

Auf Seiten der Sicherheitsbehörden fehlt jede Transparenz sowohl bei der Rekonstruktion des Tathergangs sowie bei der Recherche der Hintergründe der mutmaßlichen Attentäter. Das chinesische Magazin *Caixin* berichtet am 11. März, die drei wegen Mitwirkung an der Vorbereitung des Attentats inhaftierten Personen seien bereits am 27. Februar – also zwei Tage vor dem Blutbad - in Gewahrsam genommen worden. Doch eine intensivere Berichterstattung über den Anschlag ist von den Behörden nicht erwünscht und so wurde der Artikel auch schnell geblockt und verschwand von der Online-Seite des Magazins. Offensichtlich fürchten die Behörden bohrende Nachfragen von Angehörigen der Opfer zum Tathergang und zum Versagen der Sicherheitsmaßnahmen. Denn anders als bei den Angehörigen der Opfer der Flugzeugkatastrophe von Malaysia Airlines tun die Behörden im Fall des Kunming-Anschlags alles, um zu verhindern, dass die Angehörigen der Opfer ihr Verhalten untereinander abstimmen und gemeinsam nach außen auftreten können. So wurden die Verwandten der Toten in unterschiedlichen Hotels untergebracht und schnell wieder aus Kunming weggebracht, um eine Kontaktaufnahme miteinander zu erschweren (*South China Morning Post*, 21.4.2014).

So sind die wahren Beweggründe der Täter noch immer unbekannt. Besonders aufschlussreich ist auch nicht der von den Behörden gemeldete Fund einer uigurischen Flagge, die es Millionen-fach im In- und Ausland gibt und die von Uiguren verehrt wird. Für eine Gewalttat im Namen des „politischen oder religiösen Extremismus“ ist es zumindest ungewöhnlich, dass daran ein Ehepaar in führender Position mitgewirkt haben soll.

Der Parteichef der Kommunistischen Partei in Yunnan, Qin Guangrong, ist trotzdem davon überzeugt, dass die Täter „religiöse Extremisten“ sind. Die Attentäter seien nach Yunnan und in die Provinz Guangdong (nahe Hongkong) gekommen, um ins Ausland zu

fliehen. Dort hätten sie sich religiösen Extremisten anschließen wollen, um in den „Heiligen Krieg“ zu ziehen. Doch die Flucht nach Hongkong, Vietnam oder Laos sei ihnen nicht gelungen und daher hätten sie sich entschlossen, nach Yunnan zurückzukehren und dort einen Anschlag auf ein Verkehrszentrum zu verüben, erklärt der Parteichef bei Radio China International. Das interessante Interview wird kurze Zeit später von der Webseite gelöscht (*South China Morning Post*, 5.3.2014). Die Äußerungen des Parteichefs sind sehr aufschlussreich und er dürfte zumindest mit seiner Feststellung Recht gehabt haben, dass die Täter uigurische Flüchtlinge waren. Da ihnen die Flucht ins Ausland nicht gelang, haben sie diese schreckliche Verzweiflungstat vermutlich aus Hoffnungslosigkeit begangen. Ein ähnliches Szenario liegt vielen Bluttaten der vergangenen Monate in der Region zugrunde.

14. Februar 2014: Elf Uiguren kommen bei einem Zwischenfall im Bezirk Uchturpan (chinesisch: Wushi) in der Präfektur Aksu zu Tode. Acht von ihnen sollen nach Angaben der Behörden bei einem mutmaßlichen Angriff auf eine Polizeipatrouille erschossen worden sein. Drei weitere Menschen sollen ums Leben gekommen sein, als sie Kanister mit Flüssiggas als Sprengkörper eingesetzt haben sollen. Eine Bestätigung des Tathergangs von unabhängiger Seite war nicht zu erhalten. Die Behörden verhängten eine Informations- und Ausgangssperre in der Region. Die Krankenhäuser wurden in Alarmbereitschaft versetzt, aber nicht über die Hintergründe des Alarms informiert. Der „Weltkongress der Uiguren“ äußerte seine tiefe Besorgnis über die Zunahme der Gewalt und über die intransparente Informationspolitik der chinesischen Behörden. Dringend forderte die Organisation mehr Informationen über den Tathergang und über die Hintergründe der Gewalt.

29. Januar 2014: Bei einer Razzia töten Polizisten in dem Dorf Dolan (Bezirk Karatal, Stadt Aksu) Qurban Tursun. Als Grund gab die Polizei an, der Vater von zwei Kindern habe sich geweigert, seine Tür zu öffnen. Der Polizeichef von Karatal berichtet, Tursun habe gegenüber der Polizei erklärt, sie solle am nächsten Tag wiederkommen, da seine Kinder tief verängstigt seien angesichts der nächtlichen Durchsuchungsaktion (*Radio Free Asia*, 3.2.2014). Tursun war bereits einmal inhaftiert, weil er einen von den Behörden gesuchten Uiguren beherbergt haben soll. Seit seiner Freilassung wurde sein Haus nach Polizeiangaben wöchentlich durchsucht.

24. Januar 2014: Zwölf Menschen kommen in der Provinz Aksu zu Tode. Sechs Uiguren werden von der Polizei erschossen, nachdem Bombenanschläge auf ein Lebensmittelgeschäft und einen Schönheitssalon im Bezirk Xinhe in der Präfektur Aksu verübt worden waren. Sechs weitere Personen sollen ihr Fahrzeug gesprengt haben, als es von Ordnungskräften umstellt wurde, erklärt die Polizei. Weitere fünf Verdächtige seien festgenommen worden (*Global Times*, 26.1.2014 / *Guardian*, 25.1.2014).

23. Januar 2014: Zwölf Menschen werden rund 40 Kilometer von der chinesischen Staatsgrenze entfernt auf kirgischem Territorium von einer Grenzstreife getötet. Bei den Getöteten soll es sich um elf Uiguren und einen Kirgisen handeln. Der kirgisische Ranger Alexander Barykin war als erster auf die Gruppe der elf Rucksackreisenden gestoßen. Sie waren offensichtlich auf dem Weg nach Norden, konnten sich aber weder auf Kirgisisch noch auf Russisch verständigen, als er nach ihren Ausweispapieren fragte. Barykin alarmierte einen Grenzposten. Dieser schickte einen Kommandotrupp los. Die Gruppe wurde eingekesselt und kurz darauf sind alle tot (*Weltkongress der Uiguren*, 2.2.2014). Auch Wochen nach dem Zwischenfall waren die kirgisischen Behörden nicht bereit, weitere Informationen über den Tathergang sowie über den Hintergrund der Getöteten vorzulegen.

22. Januar 2014: Der uigurische Sekretär der Kommunistischen Partei, Jume Tohtiniyaz, in dem Dorf Ghaldir (Bezirk Karatal, Stadt Aksu) wird ermordet. Die Behörden machen „Separatisten“ für seinen Tod verantwortlich. Der Sekretär war für seine pro-chinesische Haltung und seine harsche Umsetzung der staatlichen Religionspolitik bekannt. Zwei Verdächtige werden festgenommen (*Radio Free Asia*, 3.2.2014).

30. Dezember 2014: Acht Uiguren werden von Sicherheitskräften im Bezirk Yarkand (chinesisch: Shache) in der Präfektur Kashgar getötet. Während die Polizei behauptet, die Angehörigen der Minderheit seien bei einem Angriff mit Messern und Bomben auf eine Polizeistation gestellt und getötet worden, behaupten andere Quellen, die Personen seien bei einer Demonstration erschossen worden (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 31.12.2013 / *South China Morning Post*, 31.12.2013 / *Radio Free Asia*, 30.12.2013). Die Behörden äußern sich nicht zur Identität der Getöteten. Es wird jedoch bekannt, dass unter anderem die beiden Uiguren Osman Barat und Abdughani Abdukadir getötet wurden. Nach dem Zwischenfall werden in der gesamten Region Sicherheits-Checkpoints eingerichtet und großflächig Fahrzeugkontrollen angeordnet. In zahlreichen Städten kommt es zu öffentlichen Protesten der lokalen uigurischen Bevölkerung gegen willkürliche Razzien und Hausdurchsuchungen chinesischer Sicherheitskräfte in vornehmlich von Uiguren bewohnten Dörfern und Stadtvierteln.

15. Dezember 2014: Mindestens 16 Menschen werden bei einer Razzia und Durchsuchung eines Hauses in dem Dorf Saybagh (Bezirk Konasheher, chinesisch: Shufu, Präfektur Kashgar) getötet. In dem Haus beteten Gläubige zusammen. Die Behörden sahen dies als illegale Versammlung an und kontrollierten die Identität aller Anwesenden. Als sich Protest regte, erschossen die Polizisten die Widerstand leistenden Uiguren. Zu den Toten gehören auch zwei Polizisten, die bei einem anfänglichen Handgemenge ums Leben kamen (*Globaltimes*, 17.12.2013). Bei dem Blutbad werden auch sechs Frauen und zwei Jugendliche getötet. Offizielle Medien sprechen vom Tod von „Randalierern“ oder „terroristischen Gewalttätern“, die gewaltsame Aktionen

planten (*Stimme Russlands*, 16.12.2013 / *tianshannet.com*, 16.12.2013 / *Al Djazeera*, 16.12.2013). Die Erschossenen gehörten einer Bande von 20 gewalttätigen Separatisten an, erklärten die chinesischen Medien (*South China Morning Post*, 17.12.2013). Tatsächlich handelte es sich jedoch um ein Treffen, bei dem eine Hochzeit vorbereitet wurde. Ausgelöst wurde die Gewalt durch den Einsatzleiter des Polizeikommandos, Memet Sidiq, der den Schleier einer der in dem Haus lebenden Frauen gegen ihren Willen anhub, um ihre Identität zu überprüfen. In dem Haus lebten vier Brüder. Alle vier griffen nach diesem Zwischenfall den Polizisten an, woraufhin das Einsatzkommando das Feuer auf die Uiguren eröffnete (*Radio Free Asia*, 18.12.2014).

16. November 2013: Elf Menschen sollen nach Angaben der chinesischen Behörden bei einem mutmaßlichen Angriff auf eine Polizeistation in Sirqbuya (chinesisch: Selibuya) im Bezirk Maralbeshi (chinesisch: Bachu) in der Präfektur Kashgar getötet worden sein (*Al Jazeera*, 17.11.2013). Bei dem Überfall seien zwei Hilfspolizisten und neun Angreifer zu Tode gekommen. Die Angreifer hätten zwei Inhaftierte befreien wollen. Die beiden Männer seien wenige Stunden zuvor in dem benachbarten Ort Alaghir in Gewahrsam genommen worden und „Komplizen“ der Festgenommenen gewesen, erklärte die Polizei (*Radio Free Asia*, 19.11.2013).

Drei Augenzeugen widersprechen aber dieser offiziellen Darstellung. Sie weisen darauf hin, dass die Lage in dem Ort seit Monaten sehr angespannt war. Im April 2013 hatte es dort bereits einen schweren Zwischenfall gegeben, bei dem mindestens 21 Menschen getötet worden waren. Ein *BBC*-Reporter, der später in der Region recherchierte, widersprach der offiziellen Darstellung, es handele sich um einen „Terror-Anschlag“ auf Polizisten. Dorfbewohner machten die gezielte Einschüchterung einer in dem Ort lebenden Familie für die Gewalt verantwortlich. Der ausländische Journalist wurde aufgrund seiner Recherchen von der Polizei aus dem Ort gewiesen. Angesichts der anhaltenden Spannungen und häufiger Razzien, Hausdurchsuchungen und polizeilicher Willkür hätten junge Dorfbewohner schließlich am 16. November 2013 vor dem Rathaus öffentlich gegen die harschen Sicherheitsvorkehrungen protestiert, berichten die Augenzeugen. Die Polizei sei angesichts der Demonstranten in Panik geraten und habe willkürlich in die Menge geschossen. Daraufhin hätten einige Uiguren zwei Polizisten getötet. Die verbliebenen Polizisten hätten sich in das Gebäude zurückgezogen und Verstärkung gerufen. Das herbeigeeilte Sondereinsatzkommando habe weitere Uiguren getötet, die sich in der Polizei-Dienststelle versteckt hätten (*Uyghur Human Rights Project*, 20.11.2013).

28. Oktober 2013: Ein mit drei Personen besetzter Geländewagen fährt auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking vorsätzlich in eine Menschenmenge. Fünf Menschen werden getötet – unter ihnen die drei Fahrzeuginsassen – und 38 Personen verletzt. Die Bluttat erregt auch international großes Aufsehen, da die eskalierende Gewalt erstmals

auch in der Hauptstadt zu spüren ist. Die Sicherheitsbehörden schreiben nach dem Anschlag acht Personen zur Fahndung aus, unter ihnen den 21 Jahre alten Liu Ke, der in Sichuan geboren ist (*South China Morning Post*, 30.10.2013) und inzwischen in Xinjiang / Ostturkestan lebt. Alle anderen Verdächtigen haben uigurische Namen. Vier der Gesuchten sind Frauen. Die chinesischen Behörden sprechen von einem „Terroranschlag religiöser Extremisten“, die über ausländische Unterstützung verfügt hätten. Doch einiges deutet darauf hin, dass der Anschlag andere Ursachen und Hintergründe hatte. Denn als Haupttäter agierten in dem vollkommen zerstörten Fahrzeug der 33 Jahre alte Usmen Hesen, seine Ehefrau und seine Mutter. In seinem Heimatdorf Yengi Aymaq sind viele davon überzeugt, dass es sich bei der Bluttat um einen persönlich motivierten Racheakt handelt. Denn Usmen hatte mit einer Spende einen Gebetsraum in einer Moschee mitfinanziert, der auf Anordnung der Behörden wieder niedergerissen werden musste, weil der Anbau an die Moschee nicht genehmigt gewesen sei (*Radio Free Asia*, 6.11.2013). Seither war Usmen sehr wütend auf die chinesischen Behörden, denen er Willkür vorwarf. Für diese These zum Tathergang spricht, dass genau ein Jahr zuvor, am 28. Oktober 2012, der Gebetsraum unter dem Schutz von 100 Polizisten niedergerissen wurde.

Chinas Sicherheitsbehörden machen hingegen wieder einmal die radikal-islamische uigurische Terrorgruppe „East Turkestan Islamic Movement (ETIM)“ für die Gewalt verantwortlich. Man habe bei den Attentätern eine Banderole mit extremistischen religiösen Parolen gefunden, behaupten die Sicherheitsbehörden. Wie dieses vermeintliche Spruchband in einem vollkommen ausgebrannten Fahrzeug den Anschlag unbeschadet überstanden haben soll, kann die Polizei allerdings nicht erklären.

Solche Ungereimtheiten gibt es immer wieder bei Chinas Informationspolitik über die eskalierende Gewalt in Xinjiang / Ostturkestan. Statt eine transparente Informationspolitik zu betreiben, geben Chinas Sicherheitsbehörden nur wenig Details der Ermittlungen bekannt. Und das, was schließlich bekannt gegeben wird, erscheint oft nicht glaubwürdig, sondern wirkt wie einem zentral gesteuerten „Drehbuch“ entnommen, welches die Gewalt typisiert. So wird trotz fehlender Indizien oft krampfhaft versucht, die Terrorbewegung ETIM als Drahtzieher der Gewalt darzustellen. Auch die stetigen Berichte über vermeintliche „Angriffe“ von Uiguren auf Polizeiwachen wirken wenig glaubwürdig, da es sich meist um Demonstrationen handelt, um die Freilassung inhaftierter Verwandter oder Freunde zu erreichen.

Wegen Unterstützung der Bluttat in Peking werden am 16. Juni 2014 drei Angeklagte zum Tode verurteilt, eine Person erhält eine lebenslange Haftstrafe und vier Menschen müssen Gefängnisstrafen zwischen fünf und 20 Jahren verbüßen (*BBC, South China Morning Post*, 16.6.2014).

Aufgrund des Anschlags verliert der Militärkommandant Xinjiangs, Peng Yong, am 3. November 2013 sein Amt als Mitglied des Ständigen Komitees der Kommunistischen Partei Xinjiangs. Er ist damit de facto entmachtet und steht vor seiner Ablösung (*Le Monde*, 3.11.2013).

Innerhalb von nur sechs Tagen werden nach dem Zwischenfall in der Hauptstadt 53 Uiguren in Xinjiang / Ostturkestan und 93 Angehörige der Minderheit in Peking festgenommen (*South China Morning Post*, 3.11.2013 / *Radio Free Asia*, 4.11.2013). Auch kommt es zu vielen Anfeindungen von Uiguren, die von Han-Chinesen unter den Generalverdacht gestellt werden, „Terroristen“ zu sein. So verwehren ihnen chinesische Restaurantbesitzer den Zutritt zu ihren Lokalen aus Angst vor der Reaktion der chinesischen Gäste.

Oktober 2013: Rund 100 Uiguren werden in der Provinz Yunnan in einer Kampagne gegen uigurische Flüchtlinge festgenommen. So werden Ende September mindestens 30 Uiguren in der Grenzstadt Mohan (Bezirk Mengla) verhaftet, weil sie verdächtigt werden, aus der Volksrepublik fliehen zu wollen.

11. Oktober 2013: Zwischen dem 25. September und dem 11. Oktober werden im Bezirk Yarkand (chinesisch: Shache) in der Präfektur Kashgar bei fünf Polizei-Einsätzen mindestens elf Uiguren getötet. Der erste Einsatz findet am 25. September in dem Ort Odanliq statt. Dabei werden mindestens fünf Uiguren getötet und zwei Personen festgenommen. Die Verhafteten sollen nach Angaben der Behörden gestanden haben, mit einer Gruppe von 20 Personen Anschläge mit bis zu einhundert Bomben am Nationalfeiertag, dem 1. Oktober, geplant zu haben. Daraufhin wird über den gesamten Bezirk der Ausnahmezustand verhängt. Ein erneuter Einsatz findet in Odanliq am 30. September statt. Über zwei Polizei-Aktionen im Ort Tomosteng, bei denen fünf Personen getötet werden, gibt es keine Informationen. Bei einem Einsatz in dem Ort Yingwusitang wird am 11. Oktober eine Person getötet (*Radio Free Asia*, 24.10.2013). Die bei den Polizei-Aktionen getöteten Verdächtigen schliefen entweder oder befanden sich im Gebet, berichteten Augenzeugen. Die Kommandos hätten den Befehl bekommen, nur jeweils ein oder zwei Verdächtige lebend zu ergreifen, um sie später zu verhören, und die anderen Personen sofort zu liquidieren, berichtete ein mit dem Polizei-Einsatz Vertrauter. Natürlich sei es möglich gewesen, alle Verdächtigen lebend zu ergreifen, behauptete die Polizeiquelle. Ein Polizist sei bei einem Einsatz irrtümlich von seinen Kollegen angeschossen und verletzt worden.

3. Oktober 2013: Vier Uiguren werden getötet, als in dem Dorf Abu Dona Nr. 16 im Bezirk Yarkand (chinesisch: Shache) in der Präfektur Kashgar Sicherheitskräfte ein Haus umstellen und das Feuer auf die darin befindlichen Personen eröffnen. Durch den

Kugelhagel der Polizisten sterben vier Uiguren. Ihnen wird vorgeworfen, sich „illegal versammelt“ zu haben (*Radio Free Asia*, 7.10.2013).

1. Oktober 2013: Neun Uiguren – sechs Männer und drei Frauen - werden festgenommen, weil sie planten, am chinesischen Nationalfeiertag öffentlich vor den Behörden in Yarkand gegen willkürliche Erschießungen von Angehörigen der Minderheit in der Region zu protestieren.

28. September 2013: Ein Uigure wird am Bahnhof von Yarkand in der Präfektur Kashgar von Polizisten erschossen. Massiv werden in der Region die Sicherheitsvorkehrungen verschärft und neue Kontrollposten eingerichtet. Uiguren müssen damit rechnen, ständig kontrolliert zu werden.

26. September 2013: Zwei Uiguren werden in dem Dorf Abu Dona Nr. 29 im Bezirk Yarkand (chinesisch: Shache) in der Präfektur Kashgar getötet.

23. August 2013: Mindestens zwölf Männer werden bei einem Angriff von Polizisten auf eine Gruppe von rund 35 Uiguren in dem Ort Jigdejay im Bezirk Poskam (chinesisch: Zepu) in der Präfektur Kashgar getötet. Weitere 20 Menschen werden verletzt. Chinesische Behörden behaupten, sie hätten ein „Ausbildungscamp von Terroristen“ gestürmt. Eine unabhängige Bestätigung für diese Angaben gibt es nicht. In chinesischen Medien wird über den Zwischenfall nicht berichtet (*New York Times*, 18.9.2013).

20. August 2013: 22 Uiguren und ein chinesischer Polizist werden bei einem Antiterror-Einsatz der chinesischen Polizei in dem Ort Yilkiqi (Bezirk Kargilik, chinesisch: Yecheng) in der Präfektur Kashgar getötet. Die Landarbeiter hatten sich zum Gebet in einem Privathaus eingefunden. Später wurde das Haus von Polizisten auf der Suche nach vermeintlichen „Terroristen“ umstellt und gestürmt, fast alle Insassen des Hauses wurden erschossen. Nur vier Uiguren überlebten den Überfall und wurden festgenommen (*Uyghur American Association*, 28.8.2013 / *Agence France Presse*, 27.8.2013). Immer wieder kommt es zu Übergriffen von Polizisten auf betende Muslime. Tief verunsichert von immer restriktiveren Vorschriften zur Regelung der Religionsausübung meiden viele muslimische Uiguren den Besuch der Moschee und ziehen es vor, sich in Privathäusern zum Gebet oder zu religiösen Festen zu treffen. In den Augen der chinesischen Sicherheitsbehörden machen sie sich damit verdächtig und werden pauschal als „religiöse Extremisten“ oder „Terroristen“ behandelt.

14. August 2013: Der 74 Jahre alte uigurische Imam Abdurehim Damaolla wird in der Stadt Turpan in der Präfektur Turpan erstochen. Uiguren hatten ihm zuvor vorgeworfen, er hätte Uiguren öffentlich als „Terroristen“ bezeichnet und die „Schlag-hart-zu-Verfolgungskampagne“ der Behörden gutgeheißen.

7. August 2013: Die Polizei eröffnet in der Stadt Akyol in der Präfektur Aksu das Feuer auf eine Menschenmenge, die kurz vor dem Ende des Fastenmonats Ramadan gegen Einschränkungen ihrer Religionsfreiheit und insbesondere gegen Auflagen bei der Durchführung von Gebeten protestiert. Mindestens drei Uiguren werden getötet und 50 Menschen verletzt. Rund 350 in der Stadt lebende Uiguren werden aufgrund der Proteste festgenommen.

3. August 2013: Der uigurische Lehrer Perhat Mollahun stirbt überraschend nach 16 Jahren Haft in chinesischem Gewahrsam. Er war 1998 festgenommen worden und im Januar 1999 zum Tode verurteilt worden. Später wurde seine Strafe in lebenslange Haft umgewandelt.

30. Juni 2013: In der Stadt Atush in der Autonomen Kirgisischen Präfektur Qizilsu kommen ein Uigure und ein Polizist bei einer Auseinandersetzung bei einer Hausdurchsuchung zu Tode.

28. Juni 2013: Zwei uigurische Motorradfahrer werden in der Nähe von Hotan von Polizisten erschossen. Sie waren auf dem Rückweg vom Mittagsgebet in der Moschee, als die Polizisten in Panik geraten und das Feuer eröffneten, weil die Motorradfahrer religiöse Sprüche riefen.

20. Mai 2013: Sieben chinesische Arbeiter werden auf der Baustelle eines Staudammes am Qaraqash Fluss im Bezirk Qaraqash (chinesisch: Moyu) in der Präfektur Hotan (chinesisch: Hetian) bei einem Messerangriff getötet. Rund 300 Uiguren werden daraufhin festgenommen und verhört, mehrere Dutzend bleiben als Verdächtige Monate in Haft (*Radio Free Asia*, 29.7.2013).

26. Juni 2013: In der Stadt Lukchun im Bezirk Pichan (chinesisch: Shanshan) in der Präfektur Turpan schießen Polizisten in eine Menschenmenge, die vor einer Polizeistation gegen Menschenrechtsverletzungen protestiert. Bei dem Massaker gibt es 46 Tote, unter ihnen zwei Polizisten. Chinesische Behörden präsentieren eine andere Darstellung des Zwischenfalls. Ein Messer schwingender Mob habe die Polizeiwache angegriffen.

Juni 2013: In der Stadt Hanerik in der Präfektur Hotan werden 15 Uiguren getötet und 50 Menschen verletzt, als Polizisten das Feuer auf eine Menschenmenge eröffnen, die gegen die Schließung einer Moschee und gegen die Verhaftung eines jungen religiösen Führers protestierten.

23. Mai 2013: Im Basar der Stadt Kargilik (chinesisch: Yecheng) in der Präfektur Kashgar kommt es zu einem Streit zwischen Uiguren und Han-Chinesen, bei dem drei Uiguren und zwei Han zu Tode kommen.

25. April 2013: In dem Dorf Yengi Awat (chinesisch: Yingawa) im Bezirk und in der Präfektur Hotan werden zwei Angehörige der Sicherheitskräfte getötet, als es zu Auseinandersetzungen zwischen Uiguren und Han-Chinesen über den massiven Polizeieinsatz in der Region kommt. Die Behörden veröffentlichen keine Informationen über den Zwischenfall.

23. April 2013: Bei einer Hausdurchsuchung in Siriqbuya (chinesisch: Selibuya) im Bezirk Maralbeshi (chinesisch: Bachu) in der Präfektur Kashgar kommt es zu Auseinandersetzungen, bei denen 21 Menschen getötet werden. Unter den Opfern sind 16 Uiguren, drei Han-Chinesen und zwei Mongolen. Weitere 19 Uiguren werden nach dem Zwischenfall als Tatverdächtige in Gewahrsam genommen. Bis heute haben die Behörden keine schlüssige Darstellung des Tathergangs vorgelegt, sondern mehrfach die offizielle Version der Ereignisse abgeändert. Zu den Toten sollen nach offiziellen Angaben auch 15 Sozialarbeiter und Polizisten zählen. Ziel der Hausdurchsuchung war es, Messer zu beschlagnahmen. Nach Darstellung der Polizei wurde bei der Hausdurchsuchung eine „terroristische Gruppe“ zerschlagen, die im September 2012 unter dem Uiguren Kasmu Memet gegründet worden sei. Die Gruppe, deren Namen nicht genannt wird, habe illegale Gebetsstunden abgehalten und ab März 2013 Schwerter und Sprengsätze gebastelt, die auch getestet worden seien. Die Gruppe habe größere Anschläge geplant. Hatten die Behörden zunächst auch von internationaler Unterstützung für diese Gruppe gesprochen, so wurde dieser Vorwurf später fallengelassen.

21. März 2013: Der sieben Jahre alte uigurische Junge Enkerjan Ariz aus dem Dorf Dighar im Bezirk Pichan (chinesisch: Shanshan) in der Präfektur Turpan wird beim Spielen mit Freunden von einem Han-Chinesen aufgegriffen und getötet, weil der Mann den Jungen für einen Dieb hält. Die zwei Freunde konnten weglaufen, Enkerjan wurde jedoch von dem 52 Jahre alten Mann mitgenommen und in seinem Haus brutal ermordet (*Radio Free Asia*, 9.4.2013). Die Polizei nahm den Verdächtigen fest. Der Mord an dem Kind löste in seinem Heimatdorf so große Empörung aus, dass 150 Familienangehörige des Jungen sogar versuchten, Häuser von Han-Chinesen aus Vergeltung in Brand zu setzen. Bei dem Zwischenfall gingen einige Fensterscheiben zu Bruch und Sicherheitskräfte nahmen zehn der gewalttätigen Demonstranten fest. Sie wurden jedoch, als sich die Situation beruhigte, wieder freigelassen. Chinesische Medien berichteten nicht über diese Auseinandersetzungen.

9. März 2013: In dem Ort Gujiang Bage in der Präfektur Hotan wird eine Tankstelle von Unbekannten angegriffen. Die Angreifer hatten zuvor vor der Polizeiwache Nägel

ausgestreut, um Polizei-Fahrzeuge an einer Verfolgung zu hindern (*Centre for Human Rights and Democracy*, Hongkong, 12.3.2013).

7. März 2013: Mindestens vier Menschen kommen bei einem Streit zwischen Han-Chinesen und Uiguren in einer Spielhalle in der Stadt Korla zu Tode und 13 Personen werden verletzt. In der Stadt hatten im Vorfeld des Zwischenfalls die Spannungen zwischen Angehörigen der verschiedenen ethnischen Gruppen stark zugenommen, nachdem die Behörden vermehrt Razzien und Hausdurchsuchungen in uigurischen Stadtvierteln angeordnet hatten. Nach dem blutigen Streit wurden Teile der Stadt für jeden öffentlichen Verkehr abgeriegelt und die Sicherheitsvorkehrungen massiv verschärft. So patrouillierten in den Straßen viele Sicherheitskräfte, die die Ausweispapiere der Passanten kontrollierten. Außerdem wurde eine nächtliche Ausgangssperre in Korla verhängt. Tausende neue Sicherheitskräfte wurden in der Region zusammengezogen. Einer der mutmaßlichen Täter sei festgenommen worden, erklärte die Polizei, ohne jedoch nähere Angaben zu seiner Identität zu machen (*Agence France Presse*, 11.3.2013).

7. Antiterror-Kampf schürt Verhaftungswelle

China reagierte im Frühjahr 2014 auf die zunehmende Gewalt in Xinjiang / Ostturkestan mit einer Antiterror-Kampagne, die ein Jahr lang vorangetrieben werden soll. Einen Monat nach Beginn der landesweiten Kampagne, deren Schwerpunkt jedoch in der Autonomen Uigurischen Region Xinjiang liegen soll, erklärten die Behörden am 23.Juni 2014, sie hätten innerhalb des ersten Monats mehr als 380 Verdächtige festgenommen und 32 „terroristische Banden“ ausgehoben (*CCTV*, 23.6.2014). Außerdem seien 264 Sprengkörper mit einer Sprengkraft von 3,15 Tonnen beschlagnahmt worden. Die Gerichte in Xinjiang hätten innerhalb eines Monats 315 Personen wegen der Unterstützung und Verbreitung von „religiösem Extremismus“, dem Bau von Waffen und Sprengkörpern, der Verbreitung „terroristischer Propaganda“ sowie wegen illegaler Republikflucht abgeurteilt. (*People's Daily*, 23.6.2014) Mindestens 13 Todesurteile seien vollstreckt worden, gab der offizielle „Legal Daily“ bekannt (*Libération*, 16.6.2014 / *Reuters*, 23.6.2014). Rund 96 Prozent der Straftaten seien im Planungsstadium aufgedeckt und vereitelt worden, behaupteten die Behörden, um die tief verunsicherte Bevölkerung zu beruhigen.

Chinas Strafverfolgungsbehörden vertrauen in Xinjiang / Ostturkestan auf die abschreckende Wirkung der Todesstrafe. Selbst chinesische Strafrechtler bezweifeln aber diese Wirkung bei der Eindämmung der Gewalt im Nordwesten des Landes. Denn abschrecken könne man nur rational handelnde Täter nicht jedoch Personen, die aus

Hass oder Verzweiflung handeln und nach ihrem eigenen Empfinden nichts mehr zu verlieren haben.

Immer wieder kommt es bei Todesurteilen auch nachweislich zu Justizirrtümern. So wurde nach den Unruhen in der Stadt Urumtschi im Juli 2009 der 21 Jahre alte Adil Rozi wegen mutmaßlichen Mordes an einem chinesischen Händler zum Tode verurteilt und hingerichtet. Seine Eltern können aus Angst vor der Reaktion der chinesischen Behörden bis heute nicht frei über ihren Sohn und dessen Verurteilung sprechen. Nach seiner Festnahme war ihnen der Zugang zu ihrem Sohn sowie die Auswahl eines Rechtsanwalts untersagt worden. Auch war sie von den Behörden nicht über die Vorwürfe der Anklage und das ihrem Sohn drohende Strafmaß informiert worden. Ein fairer Gerichtsprozess wurde ihm verweigert. Als kürzlich sein ehemaliger Lehrer ins Exil nach Schweden floh, wurde bekannt, dass es ernste Zweifel an der Schuld des Hingerichteten gibt (*Radio Free Asia*, 11.4.2014). Denn zahlreiche Zeugen berichteten, dass der junge Mann nur ein Passant gewesen sei, der zufällig am Tatort vorbeigekommen sei und mit der Straftat nichts zu tun gehabt habe. Chinesische Polizisten hätten wahllos Uiguren in den Straßen Urumtschis verhaftet. Auch er sei unter den Festgenommenen gewesen.

Die eindrucksvollen Zahlen der chinesischen Sicherheitsbehörden über Verhaftungen und Strafprozesse trügen und täuschen rechtsstaatliche Bedingungen vor, die tatsächlich nicht vorhanden sind. Für Uiguren gibt es regelmäßig keine Gerechtigkeit in Chinas Rechtssystem. Meist genügt schon das Tragen eines Bartes oder die Verwandtschaft mit einem steckbrieflich Gesuchten, um sich verdächtig zu machen und in Gewahrsam genommen zu werden. Besonders gefährdet ist, wer sich im Internet oder in sozialen Medien über die Lage in seiner Region austauscht oder wer an Gebetsrunden oder religiösen Festen außerhalb der offiziell zugelassenen Moscheen teilnimmt. Der Besitz von Musik, Schriften oder Filmen über uigurische Kultur, Geschichte und Religion ist ebenfalls äußerst gefährlich, da dies von den Strafverfolgungsbehörden regelmäßig als Unterstützung des so genannten „separatistischen und religiösen Extremismus“ gewertet wird. Wer einmal einem Verhör unterzogen wird, hat als Uigure kaum eine Chance, einer Strafverfolgung zu entgehen. Denn im Verhör werden die Vorgeladenen meist systematisch eingeschüchtert und bedrängt. Unter Androhung und Anwendung von Folter und Sippenhaft werden so genannte „Geständnisse“ erpresst, obwohl dies in China gesetzlich verboten ist. Sprach- und Verständigungsschwierigkeiten zwischen den chinesisch sprechenden Sicherheitskräften und den Uigurisch-sprachigen Beschuldigten erschweren es Uiguren, unvoreingenommen und gerecht behandelt zu werden.

Die meisten Verdächtigen werden in Schnellverfahren abgeurteilt ohne Beteiligung der Öffentlichkeit oder von Angehörigen. Dabei stehen die Richter unter hohem Druck, von der Politik geforderte „Erfolgszahlen“ vorlegen zu können. Regelmäßig werden in diesen Schnellverfahren grundlegende Bestimmungen des chinesischen Strafprozessrechts

verletzt und international anerkannte Grundsätze fairer Gerichtsverhandlungen missachtet. So haben Beschuldigte oft keinen Rechtsbeistand oder den Rechtsanwälten wird die rechtzeitige Akteneinsicht oder der Kontakt mit ihrem Mandanten verweigert. Viele Rechtsanwälte schrecken vor einer Verteidigung von Beschuldigten in Antiterror-Verfahren zurück. Rechtsanwälte, die häufig engagiert Mandanten bei Staatsschutzdelikten betreuen, müssen damit rechnen, dass ihre alljährlich anstehende Zulassung nicht erneuert wird, sie ihre Arbeit verlieren und sie selbst in das Fadenkreuz der Ermittler als „Unterstützer des Terrorismus“ geraten. Eine Beteiligung an solchen Verfahren ist also auch mit großen Risiken für die Rechtsanwälte verbunden, so dass sich viele Juristen der Selbstzensur unterwerfen und Rechtsverletzungen der Strafverfolgungsbehörden nicht geltend machen. Für uigurische Angeklagte hat dies zur Folge, dass sie aufgrund ihrer ethnischen Abstammung und ihrer Religion keine Gerechtigkeit im Justizsystem der Volksrepublik finden.

Mit immer neuen „Erfolgsmeldungen“ versuchen Chinas Sicherheitsbehörden den Eindruck zu erwecken, dass sie die Eskalation der Gewalt eingedämmt hätten. So berichten sie am 5. Juni 2014 von der Festnahme von 29 „Terror-Verdächtigen“ (*South China Morning Post*, 5.6.2014). Am 12. Mai hatten sie bereits die Verhaftung von mehr als 200 uigurischen Verdächtigen in den vorangegangenen sechs Wochen gemeldet (*South China Morning Post*, 12.5.2014). Im Mai 2014 werden 39 Uiguren in 16 verschiedenen Gerichtsverfahren wegen Aufruf zum Hass zwischen ethnischen Gruppen und der Verbreitung „terroristischer Videos“ zu Strafen von bis zu 15 Jahren Haft verurteilt (*Agence France Presse*, 21.5.2014 / *The Hindu*, 22.5.2014).

Am 25. Juni 2014 werden in elf Gerichten in der Präfektur Kashgar öffentliche Verfahren gegen 113 Beschuldigte abgehalten, die des „Terrorismus und militanten Separatismus“ verdächtigt werden. In den 69 Verfahren werden gegen die Angeklagten Gefängnisstrafen zwischen zehn Jahren und lebenslanger Haft verhängt (*Reuters / South China Morning Post*, 30.6.2014). Alle Beschuldigten haben uigurische Namen. So werden drei Männer zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt, weil sie nicht den Aufenthaltsort von gesuchten Uiguren preisgaben. Ebenfalls zehn Jahre Haft muss ein Mann verbüßen, weil er an sieben Freunde SMS-Kurznachrichten versandte, in denen angeblich Han-Chinesen angefeindet wurden. Ein Messer-Verkäufer muss zehn Jahre ins Gefängnis, weil er an einen Uiguren verschiedene Messer veräußerte, die später für einen Anschlag genutzt wurden. Die Schnellverfahren verletzen alle Grundsätze fairer Gerichtsverfahren, da es angesichts der Kürze der Verfahren kaum Möglichkeiten für die Rechtsanwälte der Beschuldigten gab, die Interessen ihrer Mandanten angemessen wahrzunehmen.

8. Staatsschutzdelikte betreffen vor allem Uiguren

Drei von vier Personen, die im Jahr 2012 in der Volksrepublik China wegen „Gefährdung der Staatssicherheit“ festgenommen wurden, stammen nach Angaben der US-amerikanischen Menschenrechtsorganisation Dui Hua-Stiftung aus Xinjiang / Ostturkestan. Die Stiftung tritt seit vielen Jahren für die Freilassung inhaftierter politischer Gefangener in der Volksrepublik ein. Regelmäßig wertet sie die statistischen Jahrbücher des Rechtswesens in China aus, um einen Überblick über die Entwicklung des Strafrechtspraxis und der Lage in den Gefängnissen zu gewinnen. Gemäß der Angaben des *China Law Yearbook* wurden 2011 und 2012 zwischen 75 Prozent und 86 Prozent aller Staatsschutzdelikte in China vor Gerichten in Xinjiang verhandelt, obwohl die Uiguren weniger als ein Prozent der Gesamtbevölkerung des Landes stellen (*Dui Hua Foundation*, 26.11.2013). Im Jahr 2013 stieg die Zahl der Gerichtsverfahren wegen „Gefährdung der Staatssicherheit“ in Xinjiang / Ostturkestan um weitere 10 Prozent auf 296 Prozesse (*Dui Hua Foundation*, 10.2.2014). Im Jahr 2012 wurden insgesamt 1.105 Personen wegen Staatsschutzdelikten festgenommen, das ist eine Steigerung von 19 Prozent gegenüber dem Vorjahr (*South China Morning Post*, 28.11.2013).

Staatsschutzdelikte umfassen gemäß dem Chinesischen Strafgesetzbuch zwölf Delikte, von denen sieben mit der Todesstrafe geahndet werden können. Der Vorsitzende der Gesetzgebungskommission im Regionalparlament von Xinjiang, Bo Xiao, erklärte im März 2014, die Regionalregierung erwäge, eigene Antiterror-Gesetze für die Region zu erlassen (*South China Morning Post*, 1.3.2014). Bei Uiguren stärkt dies noch den Eindruck einer diskriminierenden Sonderbehandlung und Apartheid, die den ohnehin schon tiefen Graben des Unverständnisses und Misstrauens zwischen Uiguren und Han-Chinesen noch weiter vertiefen würde. Vergeblich mahnten chinesische Rechtsexperten an, neue Antiterror-Gesetze müssten sich strikt an dem Schutz der Menschenrechte orientieren (*South China Morning Post*, 13.3.2014).

China begründet die Rechtsinitiative mit einer zunehmenden Zahl von „Terror-Delikten“ in der autonomen Region. So erklärte die staatliche Nachrichtenagentur *Xinhua* in ihrem Magazin *Oriental Outlook* im November 2013, im Jahr 2012 seien in Xinjiang mehr als 190 „terroristische Attacken“ verübt worden. Dies sei eine deutliche Steigerung gegenüber dem Vorjahr (*Agence France Presse*, 25.11.2013). Staatspräsident Xi Jinping ruft zu einem „Volkskrieg“ gegen den Terrorismus auf und appelliert an die Bevölkerung, den Sicherheitsbehörden Hinweise auf Verdächtige zu geben. Einige Städte loben Prämien von bis zu 57.000 Euro für Tipps zur Ergreifung von „Terroristen“ aus (*South China Morning Post*, 27.6.2014). Nach den Ursachen der Gewalt wird aber nicht gefragt, so dass Verständnislosigkeit und Hass zwischen Uiguren und Han-Chinesen immer stärker werden.

9. Demütigung statt Gerechtigkeit

Um vor neuen Gewalttaten abzuschrecken, greifen die Sicherheitsbehörden auch auf alte Repressionsmuster der Kommunistischen Partei zurück. So erleben umstrittene Schauprozesse im Jahr 2014 in Xinjiang / Ostturkestan eine Renaissance. Am 27. Mai 2014 werden in der Stadt Gulja (chinesisch: Yining) 55 Uiguren in einem öffentlichen Massenprozess vor 7.000 Zuschauern im Stadion abgeurteilt. Mindestens einer der Angeklagten wird zum Tode verurteilt (*Guardian / Deutsche Welle*, 28.5.2014). Die auf Lastwagen mit offener Ladefläche stehenden Angeklagten tragen orangefarbene Westen und wurden vor dem Schauprozess auf den offenen Lastkraftwagen durch die Stadt gefahren und zur Schau gestellt. Solche Methoden der Vorverurteilung sind international verpönt und gelten als erniedrigende und demütigende Behandlung. Auch verstoßen sie gegen das chinesische Strafprozessrecht, da die Angeklagten in ihren Persönlichkeitsrechten massiv beeinträchtigt werden. Die Gesellschaft für bedrohte Völker und Amnesty international verurteilten den Schauprozess als „beschämend“ und als eine Perversion von Gerechtigkeit. Unter solchen Bedingungen könne kein faires Gerichtsverfahren gewährleistet werden.

Die öffentliche Meinung in China mag diese umstrittene Form der Zurschaustellung von Beschuldigten zwar begrüßen, doch mit Rechtsstaatlichkeit ist dies unvereinbar. Auch dürfte der Nutzen solcher Demonstrationen vermeintlicher Stärke sehr begrenzt sein, da er auf Seiten der Uiguren nur weiteren Hass und Ablehnung hervorruft. Vom offiziell verkündeten Ziel der ethnischen Harmonie entfernt man sich damit zumindest immer mehr.

Besonders in Gulja werden diese Menschenrechtsverletzungen bei vielen Bewohnern der Stadt neue Ressentiments wecken, da bei ihnen noch unvergessen ist, wie im Februar 1997 bei einem Massaker chinesischer Polizisten Dutzende Uiguren getötet wurden. Die Getöteten hatten für mehr Religionsfreiheit und für die Freilassung von inhaftierten Demonstranten protestiert, als Bereitschaftspolizisten willkürlich in die Menge schossen. Nach dem Blutbad ließen Chinas Sicherheitsbehörden mehrere tausend Uiguren willkürlich festnehmen und mindestens 200 Menschen wurden wegen ihrer mutmaßlichen Beteiligung an den Protesten zum Tode verurteilt und hingerichtet. Gulja ist für die Uiguren daher zu einem Symbol der Gewaltherrschaft von Chinas Kommunistischer Partei geworden, das für sie eine ähnliche Bedeutung hat wie das Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens für Han-Chinesen.

Trotz massiver internationaler Kritik halten Chinas Machthaber an ihrer Strategie der öffentlichen Demütigung von Angehörigen der Minderheit weiter fest. So wurden in der Stadt Qapqal (nahe der Stadt Gulja) Ende Juni 2014 in einem neuen Schauprozess vor

3.000 Zuschauern neun Uiguren mit bis zu 14 Jahren Haft verurteilt (*South China Morning Post*, 26.6.2014).

10. China setzt auf Gegengewalt und Sicherheit

Statt nach den Ursachen der eskalierenden Gewalt zu suchen und die gescheiterte Nationalitätenpolitik grundlegend zu reformieren, sehen Chinas Behörden offensichtlich keinen Bedarf für eine Neuorientierung und betrachten den Uiguren-Konflikt nur als ein Sicherheitsproblem. So werden auch in den Städten im gesamten Land massiv die Sicherheitsvorkehrungen verschärft. Es werden noch mehr Überwachungskameras installiert, Patrouillen angeordnet und Bereitschaftspolizisten nach Xinjiang / Ostturkestan entsandt. In der Stadt Zhengzhou im Osten Chinas wurden in einer großangelegten Sicherheitsoperation im Mai 2014 sogar 100.000 Polizisten, Milizionäre, Feuerwehrleute und Parteikader eingesetzt, um Internet-Cafés und kleine Hotels nach verdächtigen Uiguren zu durchsuchen (*South China Morning Post*, 7.5.2014).

Selbst die Universitäten werden nicht vom Antiterror-Kampf verschont. So kündigte die Universität für Innere Sicherheit der Volksrepublik China an, zukünftig 80 Studenten in einem neuen Studiengang im Antiterrorismus auszubilden. Die Studenten sollen in Fragen der Inneren Sicherheit, der Computer- und Internet-Kriminalität, der Erforschung terroristischer Organisationen sowie der internationalen Kooperation im Antiterror-Kampf geschult werden (*Xinhua*, 11.5.2014). Die Regionalregierung von Xinjiang bekräftigte, sie wolle den „Terrorismus vom Campus vertreiben“ (*Frankfurter Rundschau*, 2.12.2013). So sollen in der Unruheprovinz Studenten, die politisch nicht korrekt denken und nicht hinter der Nationalitätenpolitik der chinesischen Regierung stehen, nicht zu ihren Fachprüfungen zugelassen werden. Politisch „unzuverlässige Studenten“ müssten die Universität zukünftig ohne Abschluss verlassen.

Bei seinem Besuch in Xinjiang / Ostturkestan hat Staatspräsident Xi Jinping unterstrichen, dass der Kampf gegen den Terrorismus im Mittelpunkt aller Aktivitäten staatlicher Organe stehen müssten (*The Diplomat*, 29.4.2014). Die Stadt Kashgar bilde die „Frontlinie“ im Kampf gegen den Terrorismus und für Stabilität, erklärte der Gast aus der Hauptstadt. Lokale Polizeiwachen spielten dabei eine zentrale Rolle. Ziel müsse es sein, eine „lokale Streitmacht auszubilden, die eine Führungsrolle im Antiterror-Kampf übernehmen müsse“.

De facto töten heute immer häufiger Uiguren in chinesischem Auftrag andere Angehörige ihres Volkes. Viele der in Xinjiang / Ostturkestan zu Tode kommenden Polizisten oder Hilfspolizisten stammen aus der Region (*Libération*, 25.4.2014). Bei mehreren besonders blutigen Kommando-Einsätzen der Sicherheitskräfte waren die

Einsatzleiter Uiguren. Doch statt mehr Sensibilität im Umgang mit der lokalen Bevölkerung und ihren Traditionen zu zeigen, schürten sie die Gewalt durch Übergriffe und Verletzung der muslimischen Bekleidungs Vorschriften. Für die Uiguren ist dieser Ansatz besonders problematisch, weil er schon auf der Ebene der Familie zu tiefen Brüchen und Zerwürfnissen in der uigurischen Gesellschaft führen kann.

11. Fünf Jahre nach den Unruhen in Urumtschi – Schicksal Verschwundener noch immer ungeklärt

Fünf Jahre nach den Unruhen von Urumtschi im Juli 2009 gibt es noch immer mehr Fragen als Antworten zu der damaligen Eskalation der Gewalt. Vorausgegangen war der gewaltsame Tod von 17 uigurischen Arbeitern, die bei Anfeindungen durch Han-Chinesen in einer Spielzeugfabrik in Shaoguan (Provinz Guangdong) im Süden Chinas am 25./26. Juni 2014 zu Tode kamen. Mehr als 110 Menschen wurden bei Übergriffen auf die Migranten verletzt. Viele der Migranten waren unter Zwang verpflichtet worden, in Unternehmen im Osten Chinas zu arbeiten. Die Nachricht von ihrem Tod löste große Betroffenheit und Wut unter vielen Menschen in ihrer Heimat aus.

Wie ein Lauffeuer verbreitete sich in Ostturkestan / Xinjiang die Nachricht von Bluttat. Angehörige und Freunde der Opfer waren aufgebracht, da die Behörden offensichtlich nicht die tatsächliche Zahl der Opfer veröffentlichten und auch die Strafverfolgungsbehörden nur sehr langsam handelten. Damit die Täter von Shaoguan nicht straflos bleiben, wollten Uiguren den Druck auf die Behörden erhöhen und riefen für den 5. Juli 2009 zu einer friedlichen Demonstration in Urumtschi auf. Um die chinesischen Sicherheitsbehörden nicht zu provozieren und um Missverständnisse zu verhindern, trugen einige Demonstranten sogar chinesische Fahnen mit sich. So wollten sie verhindern, dass ihr Protest als Kritik an der chinesischen Herrschaft in Xinjiang / Ostturkestan und als Aufruf zum „Separatismus“ verstanden werden könnte. Doch statt auf die Demonstranten zuzugehen und ihnen zu versichern, man werde die Mörder der uigurischen Arbeiter vor Gericht zur Rechenschaft ziehen, reagierten die Sicherheitsbehörden mit aller Härte auf den friedlichen Protest. Immer mehr schwer bewaffnete Bereitschaftspolizei kesselte die Demonstranten ein, filmte die Protestierenden und führte die Demonstranten einzeln oder in Gruppen in den Gewahrsam ab. Mehrere Demonstrationen schlossen sich in den folgenden Stunden an, unter anderem ein friedlicher Protestzug nur von Frauen, die die Freilassung ihrer festgenommenen Ehemänner und Söhne forderten.

Uigurische Demonstranten wurden von durchtrainierten Schlägertrupps von Han-Chinesen mit Knüppeln und Stangen angegriffen. Bis heute ist nicht klar, ob es sich bei den Angreifern tatsächlich um Zivilisten handelte oder ob dies Bereitschaftspolizisten

oder Milizionäre in Zivil waren. Auch von uigurischer Seite wurde der Protest gewaltsamer, so dass viele an den Protesten vollkommen unbeteiligte Han-Chinesen und Uiguren verletzt oder getötet wurden. Bis heute ist das tatsächliche Ausmaß der durch den blutigen Polizei-Einsatz ausgelösten Unruhen ungewiss.

Offiziell wird von 193 Toten und 1.721 Verletzten ausgegangen, doch tatsächlich dürfte die Zahl der Opfer deutlich höher sein. Denn das Schicksal hunderter seit den Unruhen verschwundener Uiguren ist bis heute ungeklärt. Anfangs wagten viele Familien Betroffener nicht, das Verschwinden ihrer Angehörigen öffentlich anzusprechen. Doch inzwischen melden sich immer mehr Familien und berichten über ihre erfolglosen monatelangen Anstrengungen, das Schicksal der Verschollenen zu klären.

Hunderte Menschen –unter ihnen viele Passanten, die zufällig vorbeikamen, wurden von Bereitschaftspolizisten und Soldaten eingekesselt und an unbekannte Orte abgeführt. In den folgenden sechs Wochen gab es immer wieder Razzien mit hunderten Festnahmen. Unter den Verschwundenen sind Unternehmer, Polizisten, Studenten, Metzger, Restaurantbetreiber, Bauern, Landarbeiter, Friseure, Automechaniker, Bäcker, Busfahrer, Musiker und Immobilienmakler.

So verließ der Metzger Turdimemet Tursunniyaz am 5. Juli seine Wohnung, um sich zu seiner Arbeitsstelle in Urumtschi zu begeben. Doch dort kam er nie an. Monatelang suchte seine Mutter Polizeiwachen und Krankenhäuser auf, um seinen Verbleib zu klären. Bis heute fehlt jede Spur von ihm.

Der Automechaniker Abdurehim Sidiq verließ am 5. Juli seine Wohnung, um in der Stadt Schuhe einzukaufen. Seither hat seine Ehefrau kein Lebenszeichen mehr von ihm bekommen.

Der 16 Jahre alte Nebi Eli war mit Freunden in der Stadt Urumtschi unterwegs, als sie am 15. August 2009 plötzlich von Polizisten eingekesselt und in Mannschaftswagen weggefahren wurden. Sein Vater Elijan Rozi war Zeuge, wie sein Sohn geschlagen und festgenommen wurde. Dutzende Male sprachen die Eltern bei Behörden vor, um ihren Sohn zu finden. Doch die Suche blieb bis heute erfolglos.

Der 39 Jahre Busfahrer Amantay Jumetay suchte am Abend des 5. Juli seine Eltern auf, um sich zu überzeugen, dass sie in Sicherheit sind. Danach wollte er seine Schwester besuchen, doch in ihrem Haus kam er niemals an. Seine Ehefrau, die ein Krankenhaus in Kasachstan besitzt, ist mehrfach nach Urumtschi gereist, um auf allen Ebenen der Behörden vorzusprechen und ihn zu suchen. Doch sie erhielt kein Lebenszeichen.

Der 35 Jahre alte Angestellte Alim Abdurehim wirkte nicht an den öffentlichen Protesten in Urumtschi am 5. Juli 2009 mit. Der Uigure beging nur den Fehler, sich auf einen Streit mit einem Polizisten einzulassen, der wegen der Proteste eine Straße abgeriegelt hatte. Seitdem ist er spurlos verschwunden.

Manche Angehörige riskieren selbst die eigene Festnahme, um Gewissheit über den Verbleib der Liebsten zu bekommen. So wurde Patigul Ghulam am 27. Mai 2014 festgenommen (*Radio Free Asia*, 23.6.2014). Sie galt als eine der Mütter, die am deutlichsten öffentlich das Verschwinden ihres Sohnes anprangerten. Ihr 25 Jahre alter Sohn Imammemet Eli wurde am 14. Juli 2009 von der Polizei festgenommen. Das letzte Mal hörte sie neun Monate später von ihm, als frühere Mitgefangene berichteten, er sei durch Folter schwer verletzt worden und ins Krankenhaus überführt worden. Seither fehlt jede Spur von ihm.

Viele Angehörige vermuten, dass die Verschwundenen nicht mehr am Leben sind. Zu lange ist es her, dass sie keine Lebenszeichen von den Festgenommenen bekommen haben oder dass andere Gefängnisinsassen etwas über ihren Verbleib hätten mitteilen können. Augenzeugen beobachteten, dass wenige Tage nach den Razzien und Säuberungswellen umfangreiche Erdarbeiten mit Baggern und Radladern in einem Naherholungsgebiet am Stadtrand durchgeführt wurden. Angehörige der Verschwundenen fürchten, dass es sich um ein Massengrab handeln könnte, das zugeschüttet wurde. Ihr Ruf nach mehr Transparenz und Aufklärung des Schicksals der Festgenommenen wird von den meisten Uiguren mitgetragen. Sie wollen endlich glaubwürdige Antworten auf die vielen Fragen haben, die die Unruhen im Jahr 2009 aufgeworfen haben. Und sie fordern ein Ende von Straflosigkeit und Willkür sowie mehr Respekt gegenüber der lokalen Bevölkerung.

12. Geld und Assimilation statt Respekt und Rechte

Chinas Staatsführung beginnt die Brisanz der Lage in Xinjiang / Ostturkestan zu erkennen. So verspricht der chinesische Staatschef Xi Jinping mehr Geld und mehr Bildung, um den Lebensstandard in der verarmten Region zu erhöhen (*Associated Press*, 30.5.2014). Im Jahr 2014 sollen 10,17 Milliarden US-Dollar in 42 Projekte investiert werden, mit denen die Wasser- und Elektrizitätsversorgung, die Gesundheitsversorgung und Infrastrukturprojekte gefördert werden sollen (*Reuters*, 12.2.2014). Neue Hochgeschwindigkeitszüge sollen noch im Jahr 2014 die Reisezeit auf der 1.776 Kilometer langen Strecke zwischen Urumtschi und Lanzhou (Provinz Gansu) von 21 Stunden auf acht Stunden verringern (*South China Morning Post*, 17.6.2014). Weitere zehn Bahnprojekte sollen das Streckennetz in der Region um 18 Prozent erhöhen. Auch sollen 450.000 neue Jobs geschaffen werden. Doch die Uiguren sind skeptisch und

versprechen sich wenig von offizieller chinesischer Zahlenakrobatik. Denn sie wissen genau, dass mit jedem Anschlag ihre Chance, einen Job zu finden, geringer werden wird. Schon seit langem werden Uiguren auf dem Arbeitsmarkt diskriminiert, weil die Han-chinesischen Arbeitgeber ihresgleichen als Angestellte und Arbeiter bevorzugen. Mit jeder neuen Gewalttat wird die Kluft zwischen beiden Bevölkerungsgruppen auch auf dem Arbeitsmarkt immer größer.

Die Bahnprojekte stoßen bei Uiguren auf Kritik. Denn Bahnlinien erhöhen die Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt und den Zuzug von noch mehr Han-Chinesen, die vom Investitionsboom in der Region profitieren wollen. Alle Erfahrungen mit dem Bau neuer Bahnlinien in Xinjiang / Ostturkestan haben gezeigt, dass sich entlang der Bahnstrecken zehntausende neue Siedler aus dem Osten Chinas niederlassen. Schon heute klagen die Uiguren darüber, zur Minderheit im eigenen Land geworden zu sein. Lebten nach 1945 nur wenige tausend Han-Chinesen in der Region, so stellen sie heute mit 41 Prozent der Bevölkerung fast genauso viele Bewohner wie die Uiguren, die nur mehr 43 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Der staatlich geförderte stetige Zuzug neuer chinesischer Siedler ist einer der größten Streitpunkte zwischen Uiguren und der chinesischen Regierung. Die einheimische Bevölkerung fordert eine wirksame Eindämmung der Migration und umfassende Kompetenzen der Regionalregierung bei der Regelung der Bevölkerungspolitik.

Auf dem zweiten Xinjiang-Arbeits-Forum, an dem am 28./29. Mai 2014 in Peking auch das gesamte Politbüro der Volksrepublik teilnahm, wurde beschlossen, neben der Stärkung der Kommunistischen Partei, der Urbanisierung und stärkeren ethnischen Durchmischung der Region auch die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Verbesserung der Lebensbedingungen und den Ausbau des Bildungssystems voranzutreiben (*China Brief, Volume XIV*, 19.6.2014). So will man eine gemeinsame Identität der Menschen in der Region schaffen, ein in weiter Ferne liegendes Ziel angesichts von Sprach- und Verständnislosigkeit, Hass und Ausgrenzung (*South China Morning Post*, 26.5.2014).

Für die Uiguren ist die angestrebte Sinisierung der Region auch kein erstrebenswertes Ziel. Sie fühlen sich durch die Beschlüsse des Arbeits-Forums in ihrem Eindruck bestärkt, dass die Regierung der Volksrepublik uigurische Rechte und Identität weiter aushebeln und zerstören will.

Statt Respekt für die andersartige Kultur zu zeigen und Uiguren die verfassungsrechtlich und im Autonomiegesetz verbrieften Rechte zu gewähren, setzt Pekings Führung auf die Assimilation der Minderheit. So ist diese Politik schon im Ansatz verfehlt und wird weder mittel- noch langfristig zu einer Stabilisierung der Lage und zu einem Abbau der Spannungen zwischen den Bevölkerungsgruppen beitragen.

13. Keine Internetfreiheit für Uiguren

Die Internetfreiheit wird in der Volksrepublik systematisch unterdrückt. Ein Heer von mehr als 40.000 staatlichen Zensoren und eine gezielte Einschüchterungspolitik schüren die Selbstzensur. Doch in keiner Region wird die Internetfreiheit so sehr mit Füßen getreten wie in Xinjiang / Ostturkestan. So startete die Regierung Chinas am 20. Juni 2014 eine neue Kampagne zur Bekämpfung von „Terror und Gewalt“ im Internet (*Reuters*, 20.6.2014). Mehr als 30 Internet-Unternehmen – unter ihnen die in China führenden Anbieter Baidu, Sina, Alibaba, Tencent und Taobao – haben sich im Rahmen der Kampagne auf Druck der Behörden schriftlich verpflichtet, kein Material zu verbreiten, das terroristischen Bezug hat. Wer Hinweise auf Internetinhalte mit „Terrorbezug“ gibt, dem winken bis zu 16.000 US-Dollar Belohnung. Doch da es keine einheitliche Definition der Begriffe „Terror“ und „Terrorismus“ gibt, können staatliche Zensoren in China diese Begriffe sehr weitgehend interpretieren. Die unklare Formulierung öffnet Willkür Tür und Tor. Und Chinas Behörden haben unmissverständlich deutlich gemacht, dass diese Kampagne vor allem in Xinjiang / Ostturkestan betrieben werden soll. Schon ein Video über die Geschichte der Seidenstraße und die Jahrtausende alte Kultur der Uiguren kann von den Zensoren als illegale Verbreitung des „religiösen Extremismus und des Jihad“ interpretiert werden.

Die Lage im Jahr 2014 sei besonders bedrohlich, erklärte das Staatliche Internet-Informationsbüro. Denn „separatistische Kräfte“ und „religiöse Extremisten“ würden immer mehr aus dem Ausland für ihren Kampf werben (*Xinhua*, 20.6.2014). Schon kurz nach der blutigen Niederschlagung der Unruhen in Urumtschi im Juli 2009 wurde die Autonome Region Xinjiang / Ostturkestan von den Behörden zehn Monate lang von jeder Internet- und Mobiltelefon-Verbindung abgeschnitten. Geschäftsleute standen vor schier unlösbaren Problemen, da ihre gesamte geschäftliche Kommunikation zusammenbrach. Selbst die hohen wirtschaftlichen Kosten, die diese Zwangsmaßnahme nach sich zog, war die chinesische Führung bereit zu tragen, um den Austausch von Informationen über Internet und Mobiltelefon wirksam zu unterbinden.

Zwischen August und Oktober 2013 wurden in der Region nach offiziellen Angaben 110 Uiguren wegen Internet-Delikten festgenommen, gegen 256 Personen wurden Ermittlungen eingeleitet wegen der illegalen „Verbreitung von Gerüchten, die Staat und Gesellschaft destabilisierten“ und gegen 139 Uiguren wurde wegen der Verbreitung von Gerüchten über den „Jihad und religiösen Extremismus“ ermittelt (*Uyghur American Association*, 8.10.2013). Die im August 2013 gestartete Anti-Gerüchte-Kampagne ist für die Uiguren besonders fatal, weil sie den juristischen Vorwand bietet, die Verbreitung jedweder kritischer Information über die Lage in Xinjiang / Ostturkestan zu kriminalisieren. Chinas Zensoren schöpften diesen großen Spielraum gezielt aus und ließen in den Jahren 2009 bis 2013 Dutzende uigurische Web-Moderatoren festnehmen

und zu langjährigen Haftstrafen verurteilen. Selbst die Nachrichten über die jüngsten Anschläge in Urumtschi werden auf Weibo massiv zensiert (*South China Morning Post*, 1.5.2014).

Auch Mobiltelefon-Besitzer unterliegen in Xinjiang / Ostturkestan besonderen Beschränkungen. So müssen sie seit dem 1. Mai 2013 beim Kauf ihrer SIM-Card ihre wahre Identität preisgeben und dem Mobilfunk-Betreiber ein Foto aus ihren Ausweisdokumenten übermitteln (*Radio Free Asia*, 30.4.2013). Im März 2013 wurden 20 Uiguren wegen Verbreitung von „Separatismus und Terrorismus“ im Internet festgenommen. Sie wurden zu Gefängnisstrafen zwischen fünf Jahren lebenslanger Haft verurteilt (*Radio Free Asia*, 29.3.2013).

14. Religionsfreiheit wird verletzt

Die Verweigerung der Glaubensfreiheit für muslimische Uiguren schürt systematisch die Gewalt und ist eine der bedeutendsten Ursachen für die jüngste massive Verschlechterung der Sicherheitslage. Fast jede Woche gibt es neue Einschränkungen und Auflagen, die Gläubigen entweder von der Zentralregierung, regionalen Behörden oder von lokalen Parteikadern auferlegt werden. So haben die chinesischen Behörden zu Beginn des muslimischen Fastenmonats Ramadan Ende Juni 2014 angeordnet, jede Moschee in Xinjiang / Ostturkestan müsse die Antiterror-Kampagne propagieren. In jeder Moschee sind zwischen zehn und 18 Sicherheitskräfte zur Überwachung im Einsatz. Alle Eingänge sind mit Überwachungskameras versehen, auf der jede Person festgehalten wird, die das Gebäude betritt. Allen Nachbarschaftsbeamten wurde während des Ramadan von den Behörden der Urlaub gestrichen. Stattdessen wurden sie aufgefordert, verstärkt Hausdurchsuchungen durchzuführen, um extremistisches religiöses Material zu beschlagnahmen. Manche Häuser oder Wohnungen wurden bis zu 100 Mal durchsucht. Auch sollen sie vermehrt Razzien in Wohnungen von Uiguren durchführen, um illegale Gebetstreffen zu verhindern.

In jeder Stadt Xinjiangs werden spezielle Überwachungsteams aufgebaut, die die Einsätze während des Ramadan koordinieren sollen. Alle Restaurants wurden angewiesen, zu allen Tageszeiten auch während des Fastenmonats Speisen anzubieten und nicht zu schließen (*Radio Free Asia*, 26.6.2014). Uigurischen Angestellten der Behörden und Parteimitgliedern ist schon seit langem verboten, den Ramadan zu beachten. Auch in vielen Schulen werden Kinder und Jugendliche gezwungen, die Fastenregeln zu missachten und Essen zu sich zu nehmen. Zehn uigurische Mitarbeiter der Behörden, die trotz des Verbots an religiösen Feierlichkeiten teilgenommen haben, verloren in der Präfektur Yili ihre Parteiämter oder mussten Selbstkritik üben. In der Stadt Karamay wurden während des Ramadan alle privaten religiösen Diskussionen

verboten und es wurde untersagt, Moscheen außerhalb des eigenen Wohnviertels aufzusuchen (*Radio Free Asia*, 11.7.2013).

Auch jeder Aspekt des alltäglichen religiösen Lebens in Xinjiang / Ostturkestan wird systematisch von den Behörden kriminalisiert. So werden Männer, die Bärte tragen, planmäßig schikaniert. Immer wieder werden auf öffentlichen Plätzen oder Straßen ihre Ausweispapiere kontrolliert, so dass sie sich nicht frei bewegen können. Verschleierten Frauen wird der Zugang zu öffentlichen Gebäuden verwehrt. Im August 2013 wurde eine Muslimin in Urumtschi von den Behörden aus ihrer Wohnung gewiesen, weil sie einen Schleier getragen und damit gegen die Hausordnung verstoßen habe (*Radio Free Asia*, 27.8.2013). In den Häusern wird auf Anordnung der Behörden täglich überprüft, ob sich muslimische Frauen an die Hausordnung halten und den Schleier ablegen. Weigern sie sich, dies zu tun, droht ihnen die Räumung der Wohnung.

Oft werden Musliminnen von Vertretern der Behörden aufgefordert, muslimische Feste und Riten zu missachten. Im Bezirk Shayar wurden für Hochzeitsfeste typische Zeremonien wie die Nikah-Feier verboten und unter Strafe gestellt, weil sie das chinesische Hochzeitsgesetz angeblich unterwandere. In der „Nikah“-Feier stellt der Imam fest, dass die Heiratenden aus freiem Willen diesen Entschluss gefasst haben (*Uyghur Human Rights Project*, 8.5.2014). Auch muslimische Scheidungsriten, wie „Talak“, wurden für illegal erklärt. Selbst Beerdigungszeremonien wurden als Rechtsverstöße gewertet. So wird systematisch das in der chinesischen Verfassung zugesicherte Recht auf Religionsfreiheit verletzt.

Alle in Xinjiang / Ostturkestan zugelassenen Rechtsanwälte wurden gezwungen, sicherzustellen, dass ihre Familienangehörigen und Verwandten keine Burkas oder lange Bärte tragen und auch nicht an illegalen religiösen Aktivitäten mitwirken. In der Stadt Turpan mussten die Rechtsanwälte schriftlich religiösen Extremismus verurteilen und sich davon distanzieren (*Radio Free Asia*, 13.11.2013).

Frauen, die die Schleier-Vorschriften missachten, werden in manchen Städten dazu gezwungen, einen Film zu sehen, in dem für weibliche Schönheit geworben und die Freude dargestellt wird, sein Gesicht in der Öffentlichkeit zu zeigen (*Agence France Presse*, 25.11.2013).

Eine Sprecherin des chinesischen Außenministeriums leugnete im Juni 2014, dass die Unruhe in Xinjiang eine Folge der Einschränkungen der Religionsfreiheit sei (*Wall Street Journal*, 24.6.2014). Doch das Gegenteil ist der Fall: Je mehr China die Glaubensfreiheit von muslimischen Uiguren einschränkt und verletzt, desto mehr wandelt sich der moderate und weltoffene Islam in Ostturkestan zu einem konservativeren Glauben.

Innerhalb weniger Jahre hat die Zahl der verschleierte Frauen im Straßenbild in der Region deutlich zugenommen.

15. Verhaftungen uigurischer Menschenrechtler schüren Gewalt

Die Festnahmen uigurischer Menschenrechtler haben in den Jahren 2013/2014 massiv zugenommen. Systematisch versuchen die Sicherheitsbehörden, engagierte Menschenrechtsverteidiger mit fingierten Beweisen, unter Folter oder mit massivem psychologischem Druck erpressten „Geständnissen“ oder falschen strafrechtlichen Anklagen mundtot zu machen. Die gezielte Verfolgung der friedlich agierenden Menschenrechtler schürt unter Uiguren ein Gefühl der Hoffnungslosigkeit und zugleich den Hass auf Chinas Politik der Entrechtung, Marginalisierung und Assimilation der offiziell anerkannten Nationalität.

Folgende Menschenrechtler wurden in den vergangenen Monaten festgenommen:

Am 15. Januar 2014 wird der an der Pekinger „Zentralen Universität für Nationalitäten“ lehrende uigurische Professor für Wirtschaftswissenschaften, **Ilham Tohti**, von chinesischen Sicherheitskräften aus seiner Wohnung in der chinesischen Hauptstadt entführt und in eine Haftanstalt in Urumtschi gebracht. Am 25. Januar 2014 veröffentlicht das „Amt für Öffentliche Sicherheit“ in Urumtschi auf seiner Internetseite eine kurze Nachricht, in der Tohti vorgeworfen wird, in „separatistische Aktivitäten“ verwickelt zu sein und „ethnischen Hass geschürt“ zu haben (*Human Rights Watch*, 27.2.2014). Auch beschuldigt man Tohti, unter „Verheimlichung seiner Identität eine Gruppe gegründet, mit führenden separatistischen Kräften aus Ostturkestan im Ausland kooperiert und Gefolgsleute ins Ausland entsandt zu haben, um dort separatistische Aktivitäten zu entfalten“ (*South China Morning Post*, 6.3.2014). Einen Monat nach seinem Verschwinden erfährt seine Ehefrau, dass gegen Tohti offiziell ein Haftbefehl erlassen und gegen ihn Anklage wegen „Separatismus“ erhoben wurde (*South China Morning Post*, 25.2.2014). Seine Ehefrau Guzelnur bezeichnet die Vorwürfe als „lächerlich“. Er habe immer nur als Professor gearbeitet und nichts Illegales getan. Mit einem emotionalen Appell wendet sich seine Ehefrau im Juni 2014 an Chinas Führung und fordert seine Freilassung. „Warum tun sie das? Gibt es keine Gesetze in China, warum teilen sie seinen Familienangehörigen nicht mit, was mit ihm geschieht? Es sind jetzt schon mehr als fünf Monate, dass sie Ilham fortgebracht haben und ich habe nicht ein einziges Wort von ihm gehört. Alles, was ich tun kann, ist warten.“ (*The Telegraph*, 19.6.2014)

Doch der Vorsitzende der Regionalregierung der Autonomen Region Xinjiang, Nur Bekri, bekräftigt Ilham Tohtis Schuld: „Die Fakten sind klar und der Beweis unwiderlegbar.“

(*South China Morning Post*, 6.3.2014) Diese Äußerungen des einflussreichsten KP-Politikers in der Region kommen einer Vorverurteilung gleich und machen deutlich, wie wenig Chancen Ilham Tohti hat, ein faires Gerichtsverfahren zu bekommen. Denn sollte seine besondere Schwere der Schuld festgestellt werden, dann droht ihm sogar die Todesstrafe.

Angesichts der weltweiten Entrüstung, die seine Verschleppung und Festnahme auslöst, wird das Gericht wahrscheinlich von der Verhängung der Todesstrafe absehen, ihn aber vermutlich zu lebenslanger Haft verurteilen. Regierungen in aller Welt hatten nach seiner Entführung ihre tiefe Besorgnis geäußert, wird Tohti doch von vielen ausländischen Diplomaten als wichtigster Ansprechpartner in der Zivilgesellschaft in China zur Lage der Uiguren angesehen und geschätzt.

Seine Inhaftierung ist besonders tragisch, da er sich mit den von ihm gegründeten Webseiten *Uyghur online* und *Uyghurbiz* bei aller Kritik an der chinesischen Regierungspolitik in Xinjiang immer für eine Verständigung zwischen Uiguren und Han-Chinesen eingesetzt hat. In chinesischer Sprache informierte er auf seinen Webseiten über die Hintergründe der Unruhe unter den Uiguren und vermittelte so zwischen den oft als verfeindet empfundenen ethnischen Gruppen. Kaum eine Stimme unter den in China lebenden Uiguren war gemäßigter und mehr um Ausgleich bemüht als seine. In den vergangenen Monaten haben die Spannungen in Xinjiang und politisch motivierte Gewalt deutlich zugenommen. Dass gerade ein solcher Vermittler zwischen den Kulturen zu so einem heiklen Zeitpunkt von der chinesischen Staatssicherheit mundtot gemacht wird, bedeutet nichts Gutes für die Konfliktregion Xinjiang / Ostturkestan. Auch lässt diese offensichtlich minutiös über Monate geplante Ausschaltung des wichtigsten Kritikers in China der Xinjiang-Politik – immer wieder wurden auch Studenten von Tohti festgenommen - am politischen Willen der chinesischen Staatsführung zweifeln, ernsthaft nach einer politischen Lösung des Uiguren-Konflikts zu suchen. So erscheint das illegale erzwungene Verschwinden von Tohtis Student Mutellip Imin (Fall-Beschreibung siehe unten) nur ein Mittel gewesen zu sein, um vermeintliches Beweismaterial gegen den Professor zu beschaffen. Denn Mutellip war überrascht, dass sich in seinen Verhören die meisten Fragen der Ermittler auf Professor Tohti bezogen und nicht auf seine eigene Person.

Professor Tohti war sich bewusst, dass ihn Chinas Staatssicherheit mundtot machen wollte. In den Monaten vor seiner Entführung berichtete er von immer massiveren Einschüchterungsversuchen durch Sicherheitskräfte. So gab es im November 2013 einen bedrohlichen Zwischenfall, den mutmaßliche Mitarbeiter der chinesischen Staatssicherheit verursachten (*New York Times*, 4.11.2013). Tohti befand sich mit seiner Ehefrau und seinen drei und sieben Jahre alten Kindern am 2. November 2013 auf dem

Weg zum Pekinger Flughafen, um seine Mutter abzuholen, als sein Fahrzeug plötzlich von hinten gerammt wurde. Als er und seine Ehefrau ausstiegen, um sich den durch den Unfall entstandenen Schaden anzuschauen, eigneten sich die Insassen des aufgefahrenen Fahrzeugs ihre Mobiltelefone an. Offen erklärten die Unfallverursacher, sein Auto gezielt gerammt zu haben, um ihn zu einschüchtern und davon abzuhalten, ausländischen Journalisten immer wieder Interviews zu geben. Als Tohti auf seine beiden Kinder verwies, die bei dem Unfall hätten verletzt werden können, fluchte der Fahrer nur. Seit diesem Zwischenfall fürchtete Tohti, die Behörden könnten noch massiver gegen ihn vorgehen. Doch einschüchtern lassen wollte er sich nicht: „Je mehr sie mich bedrohen, desto wichtiger ist es für mich, kein Blatt vor den Mund zu nehmen.“ (*New York Times*, 5.11.2013)

Für ausländische Journalisten, die in China zur Lage der Uiguren recherchieren, gilt der Professor als wichtigste Referenz. So wird er in der Medienberichterstattung über die Unruheregion Xinjiang / Ostturkestan regelmäßig mit seiner Kritik an der verfehlten chinesischen Regierungspolitik zitiert. Seine große Medienpräsenz dürfte der entscheidende Grund gewesen sein, warum Chinas Staatssicherheit seit Monaten nach geeigneten Wegen suchte, wie sie den prominenten Kritiker mundtot machen kann. Mehrfach wurde er unter Hausarrest gestellt oder mit Ausreiseverboten belegt. Als im Dezember 2010 der Friedensnobelpreis an Liu Xiaobo verliehen wurde, wurde er mit seiner Familie zwangsweise auf die Insel Hainan im Süden der Volksrepublik gebracht und intensiven Verhören unterzogen. Im Juli 2011 wurde seine E-Mail-Adresse gehackt und dann genutzt, um mit Viren verseuchte Mails an seine Freunde zu senden. Dies ist eine gängige Praxis von im Auftrag der chinesischen Staatssicherheit arbeitenden Hackern. Sogar seine Universität wurde unter Druck gesetzt und strich ihm im September 2011 ein Seminar. Für die Lehrveranstaltung waren angeblich nicht die erforderlichen 25 Anmeldungen eingegangen, tatsächlich hatten sich jedoch 59 Studentinnen und Studenten registrieren lassen. Im vorangegangenen Semester waren sogar Polizisten in der Lehrveranstaltung erschienen, um den verblüfften Studenten mitzuteilen, der Professor „rede zu viel“.

Anfang des Jahres 2012 verweigerte man seinem sechsjährigen Sohn ohne Angabe von Gründen die Aufnahme in die Grundschule. Im August 2013 wurde er schließlich festgenommen, nachdem er bei einem Flug von Peking nach Urumtschi mit einem Diplomaten aus der Botschaft der Europäischen Union in China einige Worte ausgetauscht hatte.

Doch Tohti ließ sich das Wort nicht verbieten und kritisierte immer wieder öffentlich Diskriminierungen von Uiguren im Alltagsleben in China. Als uigurische Universitäten in Xinjiang im November 2013 offiziell angewiesen wurden, uigurische Doktoranten nur

zuzulassen, wenn sie politisch regierungskonform sind, bezeichnete er dies als „gefährlich“ und „lächerlich“ (*Radio Free Asia*, 27.11.2013).

Angesichts des massiven Drucks und der Einschüchterungen durch die Behörden fürchtete Tohti seit Monaten, festgenommen und gefoltert zu werden, um Geständnisse zu erpressen. Er vertraute daher am 24. Juli 2013 telefonisch dem uigurischen Dienst von Radio Free Asia eine Erklärung an, die im Falle seiner Festnahme von dem Radiosender veröffentlicht werden sollte. Aus Angst vor Folter bekräftigte er in der Erklärung nachdrücklich, nicht krank zu sein und äußerlich keinerlei Spuren von Gewalt an seinem Körper zu haben. Auch werde er niemals Selbstmord begehen. Niemals werde er einen Pflichtverteidiger akzeptieren. Sollte er jemals andere Personen mit seiner Aussage belasten, so solle diese Erklärung nicht ernst genommen werden, da sie unter Zwang oder Drogen erfolgt sei. Auch betonte Tohti in seiner Erklärung, dass er sich niemals einer im Ausland ansässigen Organisation oder einer Terrororganisation angeschlossen habe. Sein einziges Ziel und Motto sei es gewesen, immer für die Gleichberechtigung der Uiguren in kulturellen, religiösen und gesellschaftlichen Fragen einzutreten. Niemals habe er sich bemüht, eine eigene Organisation aufzubauen. Aber es habe immer Uiguren und Han-Chinesen gegeben, die seine Vorstellungen teilten. Das einzige, was er immer gefordert habe, seien Menschenrechte und Autonomie-Rechte gewesen. „Uiguren sollten in der Lage sein, den gleichen Respekt erwiesen zu bekommen, der auch Chinesen gegenüber gezeigt wird und sie sollten auch die Möglichkeit haben, ihre Würde zu bewahren“, sagte Tohti in seiner Grundsatzerklärung, die angesichts seiner akuten Gefährdung auch als politisches Testament zu verstehen ist (*Radio Free Asia*, 7.2.2014).

Erst einmal hat Tohti seit seiner Inhaftierung im Januar 2014 die Gelegenheit gehabt, mit seinen Rechtsanwälten Li Fangping und Wang Yu zusammenzutreffen. Das Treffen kam erst zustande, als Gerüchte zirkulierten, Tohti sei in einem Geheimverfahren bereits verurteilt worden (*Guardian*, 16.6.2014). Als die Anwälte ihn am 26. Juni 2014 im Gefängnis in Urumtschi aufsuchen können, bekräftigt er seine Unschuld und weist alle Separatismus-Vorwürfe zurück. Sein Gesundheitszustand wirkt besorgniserregend. So hat er in der Haft bereits 16 Kilogramm Gewicht verloren. Tohti berichtet, er habe einen Tag nach seiner Festnahme einen zehntägigen Hungerstreik begonnen, da seine Speisen nicht religiöse Essensvorschriften der Muslime berücksichtigten und nicht „halal“ gewesen seien. Zehn Tage lang nahm er daraufhin nur jeweils anderthalb Gläser Wasser am Tag ein. Auch leidet er unter großen Prostata-Problemen (*South China Morning Post*, 27.6.2014). Seine Ehefrau äußert große Besorgnis über seinen Gesundheitszustand (*Radio Free Asia*, 27.6.2014).

Die beiden uigurischen Studenten **Shohret Tursun** und **Perhat Halmurat** werden am 15. Januar 2014 in Peking festgenommen. Zwei Tage später wird auch der uigurische Student Abdukeyum Ablimit verhaftet. Die drei jungen Leute studieren an der „Zentralen

Universität für Nationalitäten“ in der chinesischen Hauptstadt. Tursum stammt aus Urumtschi und Halmurat aus der Stadt Gulja. Sie engagieren sich für Menschenrechte der Uiguren. Da sie zeitgleich mit ihrem Professor Ilham Tohti festgenommen werden, ist davon auszugehen, dass die Festnahmen in einem Zusammenhang mit Tohtis Inhaftierung stehen. Ablimit soll des „Verrats von Staatsgeheimnissen“ und Tursun sowie Halmurat sollen wegen „Separatismus“ angeklagt werden, teilen die Behörden mit (*Radio Free Asia*, 26.2.2014). Allen Festgenommenen droht eine langjährige Haftstrafe.

Perhat Halmurat ist Herausgeber der von Ilham Tohti gegründeten Webseite *Uyghur online*. Als er am 28. September 2013 nach Istanbul fliegen wollte, um an der dortigen Universität mit einem Stipendium weiter zu studieren, wurde er am Pekinger Flughafen von Sicherheitskräften festgesetzt und sechzehn Stunden lang verhört. Erst nach massiven Protesten aus dem In- und Ausland kam er damals wieder frei (*Radio Free Asia*, 21.11.2013).

Der uigurische AIDS-Aktivist *Akebaier Yiming* wird am 15. Januar 2014 in Urumtschi verhaftet, als er am Begräbnis seines Vaters teilnehmen will. Seine Familie wurde später informiert, er sei offiziell festgenommen worden unter dem Verdacht der „Gefährdung der Staatssicherheit“ (*South China Morning Post*, 10.3.2014). Der 32 Jahre alte Bürgerrechtler arbeitete an dem nicht-staatlichen medizinischen Forschungsinstitut „Aizhixing“ in Peking, das sich besonders der AIDS-Forschung widmet. Yiming engagierte sich besonders für die AIDS- und Drogen-Prävention unter jungen Uiguren.

Die drei uigurischen Sprachenrechtler **Abduweli Ayup**, **Muhammad Sidiq** und **Dilyar Obul** wurden am 20. August 2013 festgenommen und in Gefängnissen in Urumtschi festgehalten. Nach Monaten der Verzögerung werden am 17. Mai 2014 von der Staatsanwaltschaft im Bezirk Tianshan in der Präfektur Urumtschi formell die Anklagepunkte an das Gericht in Urumtschi übermittelt. Innerhalb von 20 Tagen wird dann normalerweise das Gerichtsverfahren eröffnet (*Radio Free Asia*, 20.6.2014). Im Januar 2014 waren nach Angaben der chinesischen Behörden die Ermittlungsverfahren nochmals gegen sie erweitert worden, ohne dass konkrete Angaben Vorwürfen gemacht wurden, die gegen sie erhoben wurden (*Radio Free Asia*, 31.1.2014). Ayub ist nach Angaben seiner Familie in der Haft schwer erkrankt, Besuche von Angehörigen sowie Medikamente für den Kranken wurden nicht gestattet.

Ayub studierte an der „Zentralen Universität der Nationalitäten“ in Peking und machte vor mehr als zehn Jahren seinen Master an der Universität von Xinjiang. Später arbeitete er als Dozent an der „Nordwestlichen Universität für Nationalitäten“ in Lanzhou (Provinz Gansu). In den Jahren 2005/2006 war er Dozent an der Universität Ankara (Türkei) und von 2009 bis 2011 machte er linguistische Studien mit einem US-Stipendium an der Universität Kansas (USA). Während seiner Auslandsaufenthalte hielt er sich gezielt fern

von allen dort lebenden Uiguren, um nach seiner geplanten Rückkehr nach China keine Schwierigkeiten mit den Behörden zu bekommen. Zwar versuchten ihn andere Wissenschaftler zu überzeugen, in den USA zu bleiben, um seine Studien fortzusetzen. Doch Ayub wollte unbedingt in seine Heimat zurückkehren, um etwas für die Förderung der uigurischen Sprache unter Kindern und Jugendlichen zu tun.

So gründete er in Kashgar im Sommer 2012 den ersten ausschließlich uigurisch sprachigen Kindergarten. Die chinesischen Behörden duldeten ihn nicht lange und schlossen ihn aus fadenscheinigen Gründen im März 2013. Doch der Sprachwissenschaftler ließ sich nicht entmutigen und plante dann in Urumtschi die Eröffnung eines muttersprachlichen Kindergartens für Uiguren. Gemeinsam bauten die drei Bürgerrechtler die Firma „Muttersprache Internationale Handelsgesellschaft“ auf, die das Kapital für die Eröffnung des Kindergartens erwirtschaften sollte (*Movement for Uyghur Mother Language based Education, World Uyghur Congress, Report, Februar 2014, S. 17*). Unter Uiguren, Kasachen und Usbeken gab es eine breite Unterstützung für diese Initiative, die so viel Aufsehen erregte, dass in Ostturkestan (Xinjiang) eine zivilgesellschaftliche Bewegung für muttersprachlichen Unterricht entstand.

Streng achten die Menschenrechtsverteidiger darauf, alle chinesischen Gesetze zu beachten, um keine Schwierigkeiten mit den Behörden zu bekommen. Denn natürlich waren ihre Aktivitäten und die breite Unterstützung der Öffentlichkeit nicht unbemerkt geblieben und hatten bei den um Sinisierung bemühten Behörden Argwohn ausgelöst. Auch hatten die Initiatoren Gespräche mit allen relevanten staatlichen Bildungseinrichtungen und Ministerien geführt, um ihr Projekt zu erläutern.

Es war nur eine Frage der Zeit, bis ihr mutiges Projekt abrupt gestoppt wurde. Bei ihrer Festnahme wurde ihnen vorgeworfen, „illegal Spendengelder angenommen“ zu haben. Doch tatsächlich geht es nicht um Finanzen und den Umgang mit Spendengeldern, sondern um die Rolle der muttersprachlicher Kindergarten- und Schulausbildung für ethnische Minderheiten in Ostturkestan. Kritik an der Dominanz des Mandarin als Unterrichtssprache in den Bildungseinrichtungen Ostturkestans ist weit verbreitet und wird von den Behörden nicht gehört. Denn das offizielle China gibt vor, in den Schulen „bilingual“ in Mandarin und Uigurisch zu unterrichten. Doch Sprachen- und Menschenrechtler fordern seit langem mehr Förderung des Uigurischen, da diese einheimische Sprache immer mehr vom Mandarin verdrängt wird. Doch wer für diese Sprachenrechte eintritt, gilt in den Augen der chinesischen Sicherheitsbehörden schnell als „Separatist“ oder „Terrorist“. So drohen auch den drei inhaftierten Bürgerrechtlern langjährige Haftstrafen, weil ihr Werben um Muttersprache im Kindergarten so viel Anklang in der Bevölkerung fand.

Festgenommen wurde am 15. Januar 2014 in der Präfektur Hotan auch der uigurische Student **Mutellip Imin**, der bis zum Sommer 2013 in Istanbul (Türkei) studiert hatte. Ehrenamtlich unterstützte Imin die Webseite *Uyghur online* des in Peking lebenden uigurischen Wirtschaftswissenschaftlers Ilham Tohti. Seine Festnahme dürfte mit der zeitgleichen Inhaftierung von Tohti zusammenhängen. Sein Verbleib ist bis heute ungeklärt (*Congressional Executive-Commission on China*, US-Kongress, 4.3.2014).

Es ist nicht das erste Mal, dass der 24-Jährige aufgrund seines Engagements für Menschenrechte der Uiguren Probleme mit den chinesischen Behörden bekam. Als er am 14. Juli 2013 nach einem Aufenthalt in China nach Istanbul reisen wollte, um sein Universitätsstudium in der Türkei fortzuführen, wurde er am Flughafen Peking von Sicherheitskräften abgeführt und an der Ausreise gehindert. Der Student wurde ohne Haftbefehl 79 Tage lang in drei als Geheimgefängnissen genutzten Hotels festgehalten, bevor er schließlich freigelassen wurde. Noch am Flughafen wurden ihm sein Mobiltelefon, seine Aufenthaltsgenehmigung für die Türkei sowie der Nachweis seiner Türkisch-Sprachprüfung abgenommen (<http://mutellipimin.wordpress.com>).

In Begleitung von zwei Han-Chinesen und einem Uiguren wurde er nach Urumtschi geflogen. In einem Hotel wurde er 24 Stunden am Tag überwacht und ausführlichen Verhören unterzogen. Die Polizisten suchten vor allem nach Informationen über seinen Professor Ilham Tohti. Auch zwangen sie ihn, alle Passwörter für Mobiltelefone, soziale Medien und Webseiten offenzulegen. Besonderes Interesse hatten sie an seinem Passwort als Administrator der von Tohti gegründeten Webseite *Uyghur online*. Doch das Passwort war geändert worden, nachdem Imin aufgrund seines Studiums in der Türkei seine Mitarbeit bei der Webseite aufgeben musste.

Nach zahlreichen Verhören sicherte man ihm zu, er könne Mitte September 2013 in die Türkei fliegen. Doch seine Freilassung verzögerte sich immer mehr. Schließlich gestattete man ihm, erstmals nach seiner Festnahme telefonischen Kontakt mit seiner Familie aufzunehmen. Man forderte ihn auf, gegenüber seinen Angehörigen zu lügen und zu behaupten, er halte sich in der Türkei auf. Auch sollte er seiner Familien versichern, dass die Nachricht von seiner Festnahme nicht der Wirklichkeit entspreche und eine Erfindung uigurischer „Separatisten“ sei. Da er seine Angehörigen nicht wie gefordert belog und bei dem von Sicherheitsleuten überwachten Telefonat keine klaren Angaben zu seinem Aufenthaltsort machte, waren die Polizisten verärgert. Auch seine Universität in Istanbul sollte er belügen und erklären, er habe sein Studium nicht ordnungsgemäß wieder aufnehmen können, weil seine Mutter erkrankt sei. Schließlich kam er nach 79 Tagen illegaler Haft und des erzwungenen Verschwindens am 1. Oktober 2013 wieder frei und wurde in ein Flugzeug in seine Heimatregion in der Nähe von Hotan gesetzt. Seinen

Reisepass erhielt er allerdings nicht zurück, so dass er sein Studium in Istanbul auch nicht fortführen konnte (*Radio Free Asia*, 21.11.2013).

Auch die uigurische Studentin **Atikem Rozi** gilt als verschwunden. Die Spur der 22 Jahre alten Freundin von Mutellip Imin verliert sich nach ihrer Festnahme am 17. Januar 2014. Rozi studierte an der „Zentralen Universität für Minderheiten“ in Peking und nahm dort an Vorlesungen und Seminaren des zwei Tage zuvor verhafteten uigurischen Wissenschaftlers Ilham Tohti teil. Außerdem arbeitete sie bei den von Tohti gegründeten Webseiten *Uyghur online* und *Uyghurbiz* mit.

In den vergangenen drei Jahren ist Rozi dreimal von den chinesischen Behörden die Ausstellung eines Reisepasses verweigert worden. Sie wollte Ausland studieren (*Radio Free Asia*, 20.12.2012). Die Studentin gab sich damit nicht zufrieden, sondern verlangte eine schriftliche Begründung, warum ihr die Ausstellung von Reisedokumenten verweigert wird. Dies lehnten die Behörden ab, deuteten jedoch im persönlichen Gespräch an, dass ihr der Reisepass aus „politischen Gründen“ verweigert werde. Die Studentin fand sich mit der Weigerung der Behörden jedoch nicht ab, sondern mobilisierte über soziale Medien, wie dem chinesischen Kurznachrichtendienst *Weibo*, Unterstützung für ein Ende der Diskriminierung von Uiguren bei der Erteilung von Reisedokumenten. Auf der von ihr mit betreuten Webseite *Uyghurbiz* informierte sie regelmäßig über das ermutigende Echo auf ihre Proteste gegen die Diskriminierung. Der in Peking ansässige Rechtsanwalt und Dozent der „China Universität für Politische Wissenschaften und Recht“ Teng Biao hält die Benachteiligung von Uiguren für rechtswidrig. „Das ist eine klare Diskriminierung von Uiguren.“ (*Radio Free Asia*, 20.12.2012) Doch selbst wenn Uiguren einen Reisepass erhalten, können sie nicht sicher sein, dass sie mit diesem Reisedokument auch tatsächlich ausreisen können, wie der Fall von Mutellip Imin anschaulich zeigt.

Der uigurische Bürgerrechtler und Blogger **Niyaz Kahar** wird am 26. Juli 2009 in Urumtschi festgenommen. Drei Wochen lang erschüttern schwere Unruhen zwischen Uiguren und Han-Chinesen die Stadt, bei denen hunderte Menschen zu Tode kommen. Ein Jahr lang hören die Angehörigen des Bloggers trotz ständiger Nachfragen bei den Behörden nichts von dem Inhaftierten. Seine Mutter lässt sich in allen Polizeistationen, Arbeitslagern und spricht bei unzähligen Behörden vor. Lange fürchtet sie, ihr Sohn könnte bei den Unruhen getötet worden sein. Denn noch immer gelten hunderte Uiguren als vermisst. Dann erhält sie schließlich im Herbst 2010 die Mitteilung, Niyaz sei in einem Geheimverfahren zu 13 Jahren Gefängnis verurteilt worden (*Radio Free Asia*, 5.2.2014). Verweigerte man der Mutter jede Auskunft über die Hintergründe seiner Verurteilung, so teilte man der immer wieder nachfragenden Schwester mit, ihr Bruder sei wegen der Verbreitung illegaler Nachrichten bestraft worden. Der Bürgerrechtler betrieb seit Jahren die Webseite *Goldener Tarim*, die vor allem bei vielen

jungen Uiguren sehr beliebt ist. Der 1975 geborene Niyaz hat Literatur an der Universität von Xinjiang studiert und arbeitete danach bei einer Lokalzeitung. Später baute er den Web-Dienst *Goldener Tarim* auf, der Informationen über uigurische Geschichte, Kultur und Politik verbreitet.

Seit Chinas Behörden im September 2013 die Internetzensur massiv verschärften und nun auch die Verbreitung von Gerüchten mit Haftstrafen von drei Jahren ahnden können, ist es für Uiguren praktisch unmöglich, sich legal und straffrei im Internet über die Lage in ihrer Heimat auszutauschen. Denn sobald sie über Unzufriedenheit oder Proteste berichten, können sie festgenommen werden und wegen Verbreitung falscher Informationen oder von Gerüchten zu Gefängnisstrafen verurteilt werden. So sind ein Großteil der inhaftierten uigurischen Menschenrechtsverteidiger Blogger oder Administratoren von Webseiten.

So wird der uigurische Menschenrechtler **Gheyret Niyaz** im Juli 2010 zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt, weil er die Mitverantwortung der chinesischen Behörden für die schweren Unruhen in Urumtschi im Juli 2009 kritisiert hatte. Vor Gericht beschuldigt man ihn, die „Staatssicherheit zu gefährden“. Der langjährige Administrator und Geschäftsführer der Webseite *uyghurbiz.net* war am 1. Oktober 2009 festgenommen worden. Zuvor hatte er einem Interview mit einer Wochenzeitung aus Hongkong kritisiert, dass die Behörden vor den Unruhen untätig geblieben seien, obwohl es im Vorfeld zahlreiche Warnungen vor Auseinandersetzungen gegeben habe (*BBC*, 23. Juli 2010). Auch persönlich hatte er vor den Unruhen mehrfach bei den Behörden vorgesprochen, um auf wachsende Spannungen hinzuweisen. Doch seine Warnungen seien leider ignoriert worden. Der 55-Jährige arbeitete früher als Journalist bei der Wirtschaftszeitung *Xinjiang Economic Daily* und war Direktor des *Xinjiang Legal Daily* gewesen.

Am 24. Juli 2010 werden vom Mittleren Volksgericht in Urumtschi auch die zwei uigurischen Webmaster **Dilshat Perhat** und **Nijat Azat** zu fünf beziehungsweise zehn Jahren Gefängnis verurteilt - wegen vermeintlicher „Gefährdung der Staatssicherheit“. Der heute 32 Jahre alte Dilshat Perhat arbeitete als Administrator der Webseite *Diyarim*, als er am 7. August 2009 festgenommen wird. In den Tagen zuvor war er bereits von der Polizei verhört worden wegen möglicher Verwicklung in die Unruhen in Urumtschi im Juli 2009. Dilshat hatte vor den Ausschreitungen in Urumtschi mehrfach Demonstrationsaufrufe von Uiguren von der Webseite gelöscht. Selbst die chinesische Polizei hatte er über diese Aufrufe informiert und sie um Wachsamkeit gebeten. Dilshats Engagement, eine Eskalation der Gewalt zu verhindern, sollte sich jedoch nicht auszahlen. Im Gegenteil, nachdem die Proteste in einem Blutbad geendet waren, sperrte man ihn ins Gefängnis, um unangenehme Nachfragen zu vermeiden. Denn allzu gerne hätte der

Menschenrechtsverteidiger gewusst, warum seine Warnungen offensichtlich nicht ernst genommen wurden.

Der uigurische Web-Moderator **Memetjan Abdulla** wird am 1. April 2010 zu lebenslanger Haft verurteilt. Die Ankläger werfen ihm vor allem vor, nach pogromartigen Ausschreitungen von Han-Chinesen gegen uigurische Arbeiter in einer Fabrik in Shaoguan (Provinz Guangdong) ausländischen Journalisten Interviews gegeben zu haben. Die schweren Übergriffe waren der Auslöser für die Proteste von Uiguren in Urumtschi im Juli 2009, die in einem Blutbad endeten. Auch beschuldigen sie ihn, einen Demonstrationsaufruf von einer chinesischen Webseite übersetzt und auf seiner Homepage *Salkin* veröffentlicht zu haben.

Der 1977 in Karamay City geborene Memetjan hatte im Jahr 2001 ein Journalismus-Studium in Peking abgeschlossen und seither für den uigurischen Dienst des Nationalen Radios Chinas gearbeitet. In seiner Freizeit engagierte er sich für Bürgerrechte der Uiguren und war Administrator der Webseite *Salkin*.

Für *Salkin* hat auch ehrenamtlich die Uigurin **Gulmira Imin** gearbeitet. Ein Engagement, das am 1. April 2010 mit einer lebenslangen Haftstrafe geahndet wird. Die 1978 geborene Frau arbeitete lange Jahre für die Regionalverwaltung in der Stadt Aksu. In ihrer Freizeit schrieb sie Gedichte und unterstützte seit dem Frühjahr 2009 *Salkin* mit ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit als Moderatorin der Webseite. Nachdem *Salkin* wie viele andere Webseiten einen Aufruf zu einer Demonstration in Urumtschi Anfang Juli 2009 veröffentlichte hatte, beschuldigte die Anklage sie des „Verrats von Staatsgeheimnissen und der Organisation einer illegalen Demonstration“. Doch Gulmira war wie viele andere Demonstrantinnen und Demonstranten davon überzeugt, dass der Protest von den Behörden zumindest stillschweigend geduldet wurde. Denn überall im Internet fand man Aufrufe zu dem Protest. Auch hielten viele Uiguren bei dem Protestzug demonstrativ chinesische Fahnen hoch, um deutlich zu machen, dass sich der Protest nicht gegen China richtete, sondern man nur eine angemessene Bestrafung der Verantwortlichen für die pogromartigen Übergriffe auf Uiguren in einer Fabrik in Südostchina verlangte.

Der Uigure **Abdukadir Mahsum** wird am 26. Februar 2009 von einem Gericht in Hotan zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt, weil er im März 2008 eine Demonstration von hunderten Uigurinnen und Uiguren gegen Menschenrechtsverletzungen der chinesischen Behörden organisiert haben soll (*Uyghur American Association*, 16.3.2009). Der Protest prangerte vor allem die religiöse Verfolgung und den gewaltsamen Tod eines inhaftierten Uiguren an.

Zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt das Mittlere Volksgericht in Turpan den jungen Menschenrechtler **Ekberjan Jamal**. Der junge Mann, der bei seiner Verhaftung am 25.

Dezember 2007 erst 22 Jahre alt ist, wird des „Verrats von Staatsgeheimnissen und separatistischer Aktivitäten“ beschuldigt (*Radio Free Asia*, 15.4.2009). Vor allem legt man ihm zur Last, in 21 Fällen Informationen mit seinem Mobiltelefon ins Ausland gesandt zu haben, um auf Menschenrechtsverletzungen und Proteste von Uiguren aufmerksam zu machen. So soll er Ton-Aufnahmen von der gewaltsamen Niederschlagung einer Demonstration uigurischer Geschäftsleute an Freunde in den Niederlanden gesandt haben, die diese Aufnahmen an *Radio Free Asia* übermittelten. Der Radiosender nutzte den Ton-Mitschnitt für eine Radiosendung, die Ekberjan Jamal auch von seiner persönlichen Webseite weiter verbreitete.

Der Uigure Tursunjan Hezim wird im Juli 2010 vom Mittleren Volksgericht in Aksu zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt (*Committee to Protect Journalists*, 10.3.2011). Die Gründe seiner Verurteilung sind nicht bekannt, doch wahrscheinlich wird mit dem Urteilspruch sein Engagement für uigurische Kultur und Geschichte geahndet. Auf seiner Webseite *Orkhun* informierte er mit zahllosen Beiträgen von Wissenschaftlern über uigurische Geschichte und warb für mehr Anerkennung und Förderung uigurischer Kultur. Vor den Olympischen Spielen in Peking im Jahr 2008 wurde seine Webseite vorübergehend gesperrt. Nach den Unruhen in Urumtschi im Juli 2009 wurde die Homepage endgültig von chinesischen Zensoren unzugänglich gemacht.